Nr. 130. Halle (Saale), Donnerstag, den 6. Juni 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1.— Mk., vierteljährl. 3.— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg. vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgeld extra. Für Kriegsfamilien 80 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 9½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16106.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespalt. 46 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg. für außerhalb des Verbreitungsgebiets 25 Pfg. Angelegentliche Text: für die 82 mm breite Reklamezeile 75 Pfg. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag dgm. die Nr. 1047.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 6. Juni 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Artillerietätigkeit wechselnder Stärke. Mehrfach brachten Erkundungsgefechte Gefangene ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. An der Schlachtfront ist die Lage unverändert. Oertliche Kampfhandlungen westlich von Pontoise nördlich der Aisne und an Savières-Grunde brachten uns in den Besitz feindlicher Erdwerke und Gräben. Der Artilleriekampf war vielfach lebhaft. Chateau-Thierry lag unter anhaltendem Zerstörungsfeuer der Franzosen.

Die Beute der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz seit 27. Mai beträgt nach bisherigen Feststellungen: Mehr als 55 000 Gefangene, darunter über 1500 Offiziere, mehr als 650 Geschütze und weit über 2000 Maschinengewehre.

In den beiden letzten Tagen wurden 46 feindliche Flugzeuge und vier Fesselballone zum Absturz gebracht. Jagdgeschwader Richthofen schoß gestern 15 feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold und Leutnant Menthoff errangen ihren 31., Leutnant Loewenhardt seinen 27., Leutnant Udet seinen 26. und Leutnant Kirstein seinen 21. und 22. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Das kritische Stadium beginnt erst jetzt.

Aus London wird den L. N. N. über Haag gemeldet: Nach den Berichten der letzten 24 Stunden ist der Kampf stark abgeflaut, die Veränderungen der Lage sind gering. Die Franzosen haben sich, um der drohenden Umklammerung zu entgehen, im Südwesten von Soissons zurückgezogen. Aber die Gesamtlage hat hierdurch, betonen die Times, keine Veränderung erfahren. Die jetzigen Kämpfe trügen nur örtlichen Charakter. Man könne von einem Stillstand sprechen. Dieser Stillstand sei früher allerdings schon nach drei, vier oder höchstens fünf Tagen eingetreten. Daß er diesmal erst jetzt erfolge, sei ein Zeichen für die Wucht des Vorstoßes und die äußerste Anspannung der Truppen. Aber das kritische Stadium der Offensive beginne erst jetzt. Jetzt müsse es sich zeigen, ob die Deutschen in der Lage seien, in einem anderen Frontabschnitt einen neuen Vorstoß zu unternehmen. Das Blatt, wie auch die meisten übrigen Londoner Blätter, glaubt, daß man mit dieser Möglichkeit rechnen und große Vorsicht beobachten müsse, daß aber eine unmittelbar drohende Gefahr nicht vorliege. Der Aufmarsch der Deutschen auf so breiter Front und in so großer Tiefe habe naturgemäß ihre Angriffskraft vorübergehend geschwächt und neue Vorbereitungen notwendig gemacht. Dadurch werde den Truppen der Verbündeten höchstwahrscheinlich die ihnen so nötige Ruhepause ermöglicht. (z.)

Die neue Phase der Schlacht. Aus dem Haag wird gemeldet: Der Kriegsberichterstatter der Morning-Post an der französischen Front telegraphiert seinem Blatte, daß die Schlacht in eine neue Phase getreten sei. Das vom Feinde am letzten Tage eroberte Gelände sei weniger groß als an den vorhergehenden Tagen, die Schlacht sei aus dem Stellungskriege vollkommen in den Bewegungskrieg übergegangen, was der Verkehr auf den Verbindungsstraßen deutlich erkennen lasse. Die zur Front führenden Wege seien mit Truppen aller Waffengattungen, unter denen sich auch Kavallerie befindet, überlastet, so daß, man an die ersten Tage des Krieges erinnert werde. Die Kavallerie werde meistens als berittene Infanterie verwendet und könne die Fußtruppen wirksam unterstützen. Die Veränderung im Charakter der Schlacht zeige sich auch darin, daß die Gegenangriffe der Alliierten häufiger würden. Verschiedene Ortschaften seien dreimal von einer Hand zur anderen gegangen. Die deutsche Strategie scheine das Ziel zu verfolgen, gewisse feste Punkte in ihren Besitz zu bringen und scheint auch ihren Widerstand gegen eine etwaige Gegenoffensive der Alliierten zu organisieren.

Keine Gegenoffensive der Entente. Aus Rotterdam wird gemeldet: Der Nieuwe Rotterdamsche Courant erfährt, daß die Entente augenscheinlich den Gedanken einer Gegenoffensive Fochs aufgegeben hat, denn man lobt jetzt die Vorsicht des Oberbefehlshabers, sich auf die Defensive zu beschränken, um die Reserven zu schonen, da sie unter Umständen bei Beginn einer feindlichen Offensive an einem anderen Frontteile gebraucht werden könnten

Die Schlacht bei Soissons.

Unser militärischer Mitarbeiter Richard Grädke schreibt in seinem neuen Bericht über die Lage:

Das Schwergewicht der Kämpfe wurde seit dem 30. Mai mehr und mehr nach Westen verlegt. Es entwickelte sich hier eine neue Schlacht mit Soissons als Mittelpunkt. Aus erklärlichen Gründen mußten die Franzosen darauf bedacht sein, ein weiteres Vordringen der Deutschen über Soissons hinaus das sie am 29. Mai genommen hatten, zu verhindern. Es galt ihnen Compiegne zu behaupten, das nur 65 Kilometer von Paris entfernt liegt, und überhaupt jede weitere Annäherung an die Hauptstadt zu unterbinden. Waren doch ohnehin schon wichtige Eisenbahnen, die den Westen mit dem Osten Frankreichs verknüpfen, durch das Vordringen der Deutschen der Benutzung entzogen worden, dazu kam die Rücksicht auf die Stimmung der Hauptstadt und des ganzen Landes.

So warfen die Franzosen hierher Massen auf Massen und richteten die wütendsten Angriffe gegen die westlichen Ausgänge Soissons. In der Tat gelang es ihnen, den Vormarsch der Deutschen an dieser Stelle tagelang aufzuhalten. Aber auch deren Westfront verbreiterte sich zusehends. In dem Winkel zwischen Oise und Aisne trat der rechte Flügel der Armee von Boehm, und vom 31. Mai an der linke Flügel der Armee von Eutier in Tätigkeit. Den vereinten Anstrengungen der hier fechtenden Korps gelang es, die Franzosen, die ihnen immer neue Verstärkungen entgegenführten, allmählich auf die Aisne und in Richtung auf Compiegne zurückzudrücken. Doch halten sie hier noch den großen Wald von Carlepont. Im allgemeinen haben die Deutschen die Linie wieder erreicht und teilweise überschritten, die sie bis zum Februar 1917 inne hatten.

Südlich der Aisne und südlich Soissons schwenkten immer mehr Korps der Armee von Boehm gegen Westen ein, sie überschritten in harten Kämpfen die Straße Soissons—Chauteau Thierry und schlugen bis zum 2. Juni eine starke Beule in die neue französische Schlachtlinie zu beiden Seiten der Ourcq. Nördlich des Flusses dranzen sie bis über den Saviere Bach hinaus und nahmen nach wechselvollem Ringen Faverolles, südlich erstürmten sie die Höhen von Passy, Courchamps, Bourresches und westlich Chateau Thierry. Ihre gesamte Westfront ist nunmehr zwischen Oise und Marne etwa 70 Kilometer lang und von Compiegne 20 Kilometer, von Paris etwa 70 Kilometer entfernt.

Die Schlacht geht weiter. Aber auch sie ist natürlich nur ein Zug in dem strategischen Schachtspiel, das am 21. März zwischen Hindenburg und Foch begonnen wurde. (B. z.)

Ein holländisches Urteil.

Rotterdam, 4. Juni. Nieuwe Rott. Courant schreibt zu der deutschen Offensive: Es ist vorläufig für die Entente besonders für die Franzosen, beruhigend, daß die Deutschen aufgehalten werden bevor sie noch größere Vorteile errungen haben. Es ist aber auch so gerade schlimm genug. Da die Alliierten keine Gegenoffensive während der ersten Pause haben unternehmen können, da es ihnen nicht gelungen ist, während der zweiten Offensive die Lage zu ihren Gunsten zu ändern, da sie sich auch zum dritten Male haben überraschen lassen, ist zu befürchten, daß sie auch nun während der zu erwartenden Pause nicht viel ausrichten werden, daß sie in Unsicherheit abwarten müssen und daß die Deutschen nach einiger Zeit wieder mit einer dritten und vierten Offensive hervorstrecken werden, die ebenso erfolgreich ist, wie ihre früheren Offensiven.

Clemenceaus Kammerrede.

Paris, 5. Juni. (Havas.) Clemenceau erklärte u. a.: Als ich die Ministerpräsidentschaft übernahm, wußte ich, daß ich zur Uebernahme der Bürde des kritischsten Augenblicks des Krieges berufen wurde. Ich habe Ihnen von Anfang an gesagt, daß wir zusammen schwierige und harte Augenblicke und grausame Stunden überstehen würden. Diese grausamen Stunden kommen nun. Die ganze Frage ist, zu wissen, ob wir imstande sind, sie zu ertragen (Lebhafter Beifall.) Als der russische Zusammenbruch sich offenbarte, als die Männer, die da glaubten, daß es genüge, einen demokratischen Frieden zu wollen, um ihn dem deutschen Kaiser aufzuerlegen, ihr Land (unbewußt, wie ich annehmen will) der feindlichen Ueberflutung preisgegeben hatten, wer konnte da glauben, daß die verfügbar gewordene Million deutscher Soldaten sich nicht gegen uns wenden würde? Diese Tatsache hat sich vollzogen. Im Laufe von vier Jahren haben unsere Mannschaftsbestände abgenommen, unsere Front wurde gehalten durch eine immer dünner werdende Linie von Soldaten und den Verbündeten, die gewaltige Verluste erlitten hatten. Und nun kommt im jetzigen Augenblick die neue Masse von deutschen Divisionen in voller Kampfstärke. Gibt es jemanden, der nicht verstünde, daß unter dem Anprall dieser ungeheuren Sturmflut unsere Linien sich an verschiedenen Punkten bieten mußten? Dieses Nachgeben ist überaus bedeutend und gefährlich geworden. Ich sage nichts weiter. Es gibt dabei nichts, was das Vertrauen erschüttern könnte, das wir in unsere Soldaten setzen müssen. (Lebhafter Beifall.) Heute sind diese Männer in die Schlacht verwickelt. Unsere Leute schlugen sich, einer gegen fünf, ohne während drei bis vier Tagen schlafen zu können. (Lebhafter anhaltender einstimmiger Beifall.) Die Deputierten erheben sich. Rufe: Es lebe die Armee! Deschanel erklärte: Die Kammer begrüßt einmütig den Heldenmut unserer Soldaten. (Erneuter Beifall.)

Clemenceau fuhr fort: Diese großen Soldaten haben gute Anführer, große Anführer, ihrer in allen Beziehungen würdig (Beifall.) Ich habe die Anführer am Werke gesehen, und einige flößten mir Bewunderung ein. Heißt das, daß nirgends Fehler vorgekommen sind? Ich kann es nicht behaupten, meine Pflicht ist es ja gerade, diese Fehler aufzudecken und zu bestrafen, wobei ich von zwei großen Soldaten unterstützt werde, die Foch und Pétain heißen. (Lebhafter Beifall.) Foch genießt in dieser Hinsicht einhelliges Vertrauen. Diese Männer liefern die härteste Schlacht des Krieges mit einem Heldenmut, für der ich keinen Ausdruck finde. Die Kammer wird alle Schriftstücke erhalten, welche sie wünscht, alle Archive werden ihr geöffnet werden, und ich erinnere daran, daß sie bereits eine Anzahl Mitteilungen erhalten hat, die sie dem Heeresausschuß überwiesen hat. Die Armee steht hoch über dem, was wir von ihr erwarten konnten. (Lebhafter Beifall.) Und wenn ich von der Armee spreche, so spreche ich von denen, die sie bilden, welchem Rang und welchem Grade sie auch angehören mögen. Aber das genügt nicht. Die Leute müssen den Glauben haben, daß sie für ein Ideal sterben, wenn sie uns den Sieg bringen wollen. Auch ihre Anführer sind aus ihren Reihen hervorgegangen und wie sie, kehren sie mit Wunden bedeckt zurück, wenn sie nicht wie sie auf dem Schlachtfelde bleiben. Ich versichere, sagte Clemenceau weiter, Foch besitzt das Vertrauen der Verbündeten. Der Kriegsrat von Versailles beschloß außerdem, ihm öffentlich seine Anerkennung auszudrücken. Die Deutschen stürzten sich in Abenteuer, wir weichen zurück, allerdings, aber werden niemals kapitulieren. Wenn Sie entschlossen sind, bis zum Ende zu gehen, ist der Sieg unser. Die deutsche Rasse versucht, uns zu schrecken. Es wird ihr nicht gelingen. Die Amerikaner kommen. Die Streitkräfte der Franzosen und Engländer erschöpfen sich, diejenigen der Deutschen übrigens auch. Das Spiel geht mit Hilfe der Amerikaner weiter. Unsere Verbündeten sind entschlossen, den Krieg bis zum Ende zu führen. Wir werden den Sieg erringen, wenn die öffentlichen Gewalten auf der Höhe sind. Clemenceau schloß: Wenn ich meine Pflicht nicht getan habe, so sagen Sie mich davon! Wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken, so lassen Sie mich das Werk der Toten vollenden.

Die sozialistische Opposition. Paris, 5. Juni. (Drahtmeldung.) Die Neue Korrespondenz schreibt: Bei der gestrigen Abstimmung in der Kammer, die die Vertagung der sozialistischen Interpellationen beschloß und die ein Vertrauensvotum für Clemenceau einschloß, verteilten sich die 110 oppositionellen Stimmen wie folgt: 85 Sozialisten, 19 Radikal-Sozialisten und 6 Republikanisch-Sozialisten.

Neue Interpellationen? Genf, 5. Juni. In Kammerkreisen erklärt man den Sieg Clemenceaus durch den Wunsch der Kammer, bei der jetzigen schwierigen Kriegslage jede Krisis zu vermeiden. Unter den Abgeordneten, die für die Regierung stimmten, befanden sich zahlreiche Gegner der Regierung. Die wachsende Opposition dauert jedoch fort. Allgemeines Aufsehen erregt das Eingeständnis Clemenceaus, daß die Fortsetzung des Krieges infolge der gänzlichen Erschöpfung der englisch-französischen Armeen nur mit Hilfe der Amerikaner möglich sei. In den Wandelgängen der Kammer verlautet, die Linke werde die Frage der Interpellationen wieder zur Sprache bringen, und zwar in dem Augenblick, wo die Gefahr für die Hauptstadt als beseitigt angesehen werden könne.

Kundgebung des Obersten Kriegsrates der Entente.

London, 4. Juni. (Reuter. Amtlich.) Der Oberste Kriegsrat hat unter Umständen, die für den Bund der freien Völker sehr ernst sind, seine sechste Sitzungsperiode abgehalten. Die deutsche Regierung, von allem Druck an der Ostfront durch den Zusammenbruch der russischen Armeen und des russischen Volkes befreit, hat alle ihre Anstrengungen im Westen konzentriert, und auch jetzt durch eine Reihe verzweifelter und kostspieliger Angriffe auf die verbündeten Armeen eine Entscheidung in Europa zu erreichen, ehe die Vereinigten Staaten ihre volle Kraft wirksam machen können. Den Vorteil, den die feindliche Heeresleitung in ihrer strategischen Lage besitzt, und ihre überlegenen Eisenbahnverbindungen haben sie instand gesetzt, einige anfängliche Erfolge zu erringen. Sie wird zweifellos die Angriffe erneuern, und die verbündeten Nationen haben vielleicht noch kritische Tage zu gewärtigen. Unter Berücksichtigung der gesamten Lage hat der Oberste Kriegsrat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Verbündeten, die die Prüfungen des gegenwärtigen Feldzuges mit denkbarer Tapferkeit ertragen, die sie stets in Verteidigung und Angriff bewiesen haben, die Absicht des Feindes vereiteln und ihn seiner Zeit besiegen werden. Alles, was nur möglich ist, geschieht, um die Feldarmeen zu unterstützen. Die Vorbereitungen für die Einheit des Oberbefehls haben die Stellung der verbündeten Armeen wesentlich gebessert; die Arbeit vollzieht sich reibungslos und mit Erfolg. Der Oberste Kriegsrat setzt volles Vertrauen in Foch, er blickt mit Hochschätzung und Bewunderung auf die Tapferkeit der verbündeten Truppen. Der Oberste Kriegsrat vertraut auf den Endsieg. Die verbündeten Nationen sind entschlossen, keine einzige der freien Nationen der Welt dem Berliner Despotismus zu opfern. Ihre Armeen legen denselben hartnäckigen Mut an den Tag, der sie in vielen früheren Fällen instand gesetzt hat, den deutschen Angriff niederzuschlagen. Sie müssen nur mit Geduld und Vertrauen bis zum Ende ausharren, um den Sieg und die Freiheit zu sichern. Die freien Völker und ihre glänzenden Soldaten werden die Zivilisation retten.

London, 5. Juni. (Reuter. Amtlich.) Lloyd George, Balfour, Milner, Sir William Weir und Sir Henry Wilson und von den Sitzungen des Obersten Kriegsrates in Frankreich nach London zurückgekehrt.

Chateau Thierry wurde, W. T. B. zufolge, vom Feinde mit besonderer Heftigkeit beschossen. Infolge des starken Beschusses der Stadt war der Abschub der Zivilbewohner unmöglich. Unter der Bevölkerung traten starke Verluste ein.

Die Versenkungen. Berlin, 5. Juni. (Amtlich.) Das von dem bewährten Ubootskommandanten Oberleutnant z. S. Loß befehligte Boot hat im Kanal neuerdings 5 Dampfer und 8 französische Fischerfahrzeuge mit über 28 000 Tonnen vernichtet. Unter den versenkten Dampfern befanden sich der englische Hilfskreuzer Moldavia (6600 To.) sowie ein bewaffneter Dampfer von etwa 6000 To. Größe, die beiden aus stark gesichertem Geleitzuge herausgeschossen wurden. Namentlich festgestellt wurden ferner noch der bewaffnete englische tiefbeladene Dampfer Nar Panther (5875 To.) und die französischen Fischkutter Petit Georges, Souvenir-de-St. Marie und Joseph Simon. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die deutsch-englischen Gefangenen-Austauschverhandlungen beginnen heute. Berlin, 5. Juni (W. T. B.) Am 6. d. M. werden voraussichtlich die bereits seit einiger Zeit angekündigten Verhandlungen über die Gefangenentrage zwischen deutschen und englischen Delegierten unter Leitung der niederländischen Regierung im Haag beginnen. Auf Seiten beider Regierungen besteht offensichtlich das Bestreben, auf möglichst breiter Grundlage die schwebenden Fragen einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, und es ist, wenn die Verhandlungen in diesem Geiste geführt werden, zu hoffen, daß einer beträchtlichen Zahl Kriegsgefangener und internierter Zivilpersonen die Freiheit wiedergegeben und das Los der Gefangenen erleichtert wird.

Französischer Heeresbericht

Vom 5. Juni, nachmittags: Oertliche Angriffe dauerten gestern abend und während der Nacht an. Am Nordrande des Waldes von Carlepont wurden zwei deutsche Angriffe durch französische Maschinengewehre zum Stehen gebracht. Weitere Angriffsversuche in der Gegend von Autreches und Dommiers sowie bei Corcy scheiterten gleichfalls. Nördlich von Corcy gestattete eine durch Sturmwagen unterstützte Infanterieunternehmung den Franzosen ihre Linien zu verbessern. An den Waldrändern südlich des Ourcq trieben die Deutschen heftige Angriffe auf Cheny und südöstlich von dieser Ortschaft vor. Die französischen Truppen brachen alle Anstürme und fügten dem Gegner ernste Verluste zu. Die Artillerietätigkeit dauert sehr lebhaft nördlich der Aisne und in der Gegend von Reims an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180606-15/fragment/page=0001

Die Kämpfe zwischen Oise und Marne

Deutscher Reichstag.

167. Sitzung. Mittwoch, 5. Juni, 1 Uhr.

Am Ministertisch: v. Byer, Wallraf.

Zur Beratung gelangt der Entwurf betreffend die

Erhöhung der Abgeordnetenbezüge.

Abg. Dove (Vpt.) tritt für eine Aufwandsentschädigung an den Präsidenten ein.

Graf Westarp (Konf.) wendet sich gegen diesen Vorschlag. Dem Präsidenten stehen besondere Repräsentationspflichten nicht zu. (Lachen links.)

Staatssekretär Wallraf sagt Beachtung des Wunsches zu. Das Gesetz wird sogleich in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Die Debatte über

Zensur und Belagerungszustand

wird fortgesetzt.

Abg. Gothein (Vpt.): Die Pressezensur wird zu engherzig und scharf gehandhabt. Mit dem dauernden Hinweis auf die Wirkung im Ausland kann man schlechthin alles verbieten. Eine einseitige politische Handhabung der Zensur kann nicht abgeleugnet werden. Im Gegensatz zu dieser Strenge wird nach einer anderen Seite hin eine liebevolle Duldsamkeit bewiesen. Der Redner bringt Auszüge aus der Deutschen Tagesztg. und anderen wahlrechtsfeindlichen Zeitungen, die nicht nur beispiellose Beschimpfungen weiter Volkskreise, sondern auch persönliche Beleidigungen der Staatsmänner enthalten, die die Vorlage eingebracht haben. — Noch heute haben wir den verschärften Kriegszustand in Festungen wie Königsberg, die vom Feinde nicht mehr im geringsten bedroht sind. In allen diesen Städten herrschen die Kriegsgerichte mit ihrer summarischen Justiz und der absoluten Präventivzensur. Es ist nicht zuviel gesagt, daß die Zensur nur ein Mittel darstellt, die Mehrheit des Volkes gegen die Schmähungen einer Minderheit wehrlos zu machen! Die Zustände im Vereins- und Versammlungsrecht sind geradezu unerträglich geworden. Hätte man zu Anfang des Krieges gewußt, daß wir vier Jahre lang unter dem Belagerungszustand würden leben müssen, wären Regierung und Reichstag zweifellos für Aenderung des Belagerungszustandsgesetzes gewesen. Inzwischen ist aber die Gewöhnung an das Scheußliche eingetreten. Ganz besonders schroff ist die Bekämpfung der Pazifisten. Alle Milde und Sachlichkeit, mit der friedensfreundliche Bestrebungen auftreten, alle Unantastbarkeit der vaterländischen Gesinnung ihrer Anhänger schützen nicht davor, daß ihre Willens- und Meinungsäußerungen unterbunden werden. Redner führt auch hier viele Einzelfälle an. Ich habe so ausführlich über diese ganzen Dinge gesprochen, weil seinerzeit der Kriegsminister wegwerfend meinte, die paar Fälle beweisen nichts, und weil der Staatssekretär gestern auch wieder gesagt hat, die Handhabung der Zensur sei inzwischen viel besser geworden. Das deutsche Volk kann diese Verhältnisse nicht weiter dulden. Die Bestellung der Aufsicht durch den Militäroberbefehlshaber hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Er hat gar nicht die Zeit sich diesen Dingen zu widmen, sondern muß ihre Erledigung untergeordneten Instanzen überlassen. Das verbittert aber das Verhältnis zwischen Reichstag und Kriegsminister. Es handelt sich hier um die hochwichtige Frage, daß eine Einheitlichkeit in der Politik bestehen muß. Daher müssen wir verlangen, daß die Oberaufsicht einer anderen Stelle übergeben wird. Der Reichstag hat beschlossen, sie dem Reichskanzler zu übergeben. Es läßt sich darüber reden, ob das das zweckmäßigste ist. Hält der Bundesrat diesen Weg nicht für richtig, so hat er die Pflicht, einen anderen gangbaren Weg zu zeigen. (Lebh. Beifall links.)

General v. Wriesberg: Aus den Ausführungen der Vorredner mußte man den Eindruck gewinnen, als wenn von den militärischen Stellen jeder Versammlungstätigkeit entgegengearbeitet wird. Davon ist aber keine Rede. In den Monaten Dezember 1917 und Januar 1918 haben in Preußen insgesamt 8011 Versammlungen stattgefunden, verboten wurden 99. Die Vaterlandspartei hat 549 Versammlungen einberufen, verboten wurden 14, die Gewerkschaften 2749 Versammlungen, verboten wurden 19. Ungerechtigkeiten kommen selbstverständlich vor, aber das Bestreben geht dahin, sie zu beseitigen. Der Abg. Bauer hat einen Erlaß kritisiert, in dem es hieß: Die Versammlungen, in denen Hetzer sprechen sollen, soll man verbieten. Gewiß, das ist der Standpunkt der Heeresverwaltung. Ihre Aufgabe ist es ja, für Ruhe und Ordnung zu sorgen wie kann sie da notorische Hetzer sprechen lassen. (Lachen b. d. Soz.) Man sagt, der Begriff Hetzer sei sehr weitgehend. (Sehr wahr! b. d. Soz. — Abg. Bauer: Oldenburg-Januschau!) Wie weit der Begriff von dem betreffenden Generalkommando gefaßt wird, beweist die Tatsache, daß nicht eine Versammlung mit dieser Begründung verboten worden ist. Die Versammlung, in der über den Würzburger Parteitag berichtet werden sollte, ist nicht, wie Herr Bauer ausführte, verboten worden, weil politische Dinge dabei zur Sprache kommen könnten, sondern weil öffentliche politische Versammlungen, die in dem Bezirke verboten sind, auch solche Mitgliederversammlungen gleichgestellt werden, die wegen der unberechenbaren Zahl der Teilnehmer den Eindruck von öffentlichen Versammlungen machen. (Lachen b. d. Soz. — Zuruf: Damit kann man alles verbieten!) Was das vielangegriffene Stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps anlangt, so sind durch die neuesten Bestimmungen die Klagen abgestellt. Im übrigen verweise ich darauf, daß der Obermilitärbefehlshaber mit der neuesten Bestimmung vom 30. Mai 1918 ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß keine unnötigen Erschwerungen der Versammlungstätigkeit erfolgen dürfen. Dazu gehöre auch die Forderung langfristiger Anmeldung vor Abhaltung einer Versammlung — Was die Person des Herrn Scholich anlangt, so habe ich mich persönlich für ihn sehr warm eingesetzt. Das Generalkommando hat aber die Verwendung des Herrn Scholich in der bisherigen Tätigkeit abgelehnt, und zwar weil Herr Scholich doch in seinen Ausführungen manchmal solche Kraftausdrücke brauchte, die manchmal nicht geduldet werden können. (Lachen b. d. Soz.) Wenn solche Kraftausdrücke noch bejubelt werden, so können Sie es keinem stellvertretenden Generalkommando verübeln wenn es das nicht duldet. Uebrigens sind die Verhandlungen noch nicht abgebrochen, und es ist noch möglich, Herrn Scholich anders zu verwerten. (Zuruf b. d. Soz.: Was für Kraftausdrücke?) Z. B.: Die ganzen Verfügungen sollte man den Organen des Bundesrats um die Ohren schlagen! (Gr. Heiterkeit b. d. Soz.) Sie lachen, aber ebenso lacht das Volk, und das soll das stellvertretende Generalkommando dulden? (Erneute Heiterkeit b. d. Soz.) Auf die Beschwerden über das Vorgehen gegen den Pazifismus kann ich Herrn Gothein heute nicht antworten, weil ich das Material zum Teil nicht kenne. Und teilweise habe ich auch schon im Ausschuß darauf geantwortet. Der Standpunkt der Heeresverwaltung hinsichtlich der Verwaltungstätigkeit ist in der Verfügung vom 17. Januar 1917 vom Kriegsministerium niedergelegt. Da heißt es: „Der Zweck aller Beschränkungen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand ergibt sich aus dem Interesse der öffentlichen Sicherheit. Es soll verhindert werden, daß bei der Versammlungstätigkeit aller Art durch verhetzende Agitation die zuversichtliche siegesfrohe Stimmung beeinträchtigt und gestört wird. Auch darf nicht geduldet werden, daß Versammlungen Anlaß zu Ausschreitungen und Unruhen geben. Alle über dies Maß hinausgehende Beschränkungen sind schädlich. Der Erlaß vom 25. September 1917 sagt: „Die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vertretenen Berufsgruppen wahrzunehmen, muß den Gewerkschaften gewährleistet werden." (Abg. Bauer: Was nützen die schönen Redensarten, wenn nicht danach gehandelt wird!) Die Heeresverwaltung ist bereit, bei normaler Lage alles zu tun, um der Versammlungstätigkeit den weitesten Spielraum zu lassen. (Erneuter Zuruf b. d. Soz.: Redensarten!)

Chef des Presseamts im Kriegsministerium van den Bergh erteilt Antwort auf die von den Abgg. Bauer, Rechenberg und Gothein vorgebrachten Einzelbeschwerden.

Abg. Graefe (Konf.): Das Interesse des deutschen Volkes an den Redeschlachten des Reichstages ist nur ein geringes. (Lachen und Widerspruch links.) Im übrigen wollen auch wir Preßfreiheit haben, weil wir an der Erhaltung des künstlichen Burgfriedens schon lange nicht mehr interessiert sind. Der Antrag, der den Reichskanzler zum Zensor machen will, ist widersinnig, das militärische Interesse kann nur von den Militärs richtig vertreten werden. (Beifall rechts.)

Ueber einen Vertagungsantrag wird durch Hammelsprung abgestimmt. Es ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Wahl des Präsidenten, Fortsetzung der Debatte.)

Politische Uebersicht.

Der Zensur-Kanzler.

Von den vielen Blütenträumen, die gelegentlich der „parlamentarischen" Regierungsbildung Hertling-Payer usw. den Leichtgläubigen vom bürgerlich-sozialpatriotischen Block vorgegaukelt wurden, ist wieder einer nicht zur Reife gekommen. Die berghoch getürmten scharfen Zensurmaßnahmen als Einzelfälle, nebst der ganzen Zensurwirtschaft als Teil des Kriegszustandes hatten es selbst dem Block einmal angetan. Im Oktober 1917 wurde vom Reichstag eine Resolution des Hauptausschusses angenommen, die u. a. die Zeitungsverbote auf höchstens drei Tage beschränkte und den Reichskanzler als Berufungsstelle gegen Verbote wünschte. Auch sollte die Zensur auf militärische Fragen beschränkt werden.

In der Dienstagsitzung des Reichstages hat nun der Staatssekretär Wallraf erklärt, daß der Reichskanzler sich außer Stande sehe, auf den Boden des Reichstagsbeschlusses zu treten. In den Erläuterungen, die Herr Wallraf hierzu gab, war bemerkenswert, wie besonders die Befristung von Zeitungsverboten ausgelegt wird: einige Tage, mehrere Tage, statt der vom Reichstag verlangten festen Beschränkung auf höchstens drei Tage! Und die Praxis hat ja bewiesen, daß der Reichstagsbeschluß für die Zensurbehörden nicht existiert.

Der Staatssekretär wiederholte auch den [illegible]. Das sich das Kriegsministerium zuvor mit seinem Erlaß geleistet hatte, wonach „der Anschein vermieden werden soll, als glaubte die Militärbehörde in einem Vorgesetztenverhältnis zu den Redaktionen zu stehen". Auf einen solch spaßhaften Gedanken wäre man „beim Zivil" wahrhaftig nicht gekommen. Aber da es der Kriegsminister schreibt, Herr Wallraf sagt — dann muß doch wenigstens in einigen preußisch-militärischen Köpfen wirklich die Idee aufgetaucht sein, als könnte irgendeine Militärbehörde in irgendeinem Vorgesetztenverhältnis zu irgendeiner Zeitungsredaktion stehen. Dazu fehlen nun wirklich alle, aber auch alle Voraussetzungen und deshalb konnte dieser unglaubliche Gedanke wohl niemals im Kopfe eines Redakteurs reifen.

Die von Herrn Wallraf verkündete Stellungnahme des Reichskanzlers zur Zensurfrage wird in den weiteren Zensurdebatten noch zu beleuchten sein. Eine Enttäuschung erlebten freilich am ersten Tage der Debatte schon die „Resolutions"-Parteien von Erzberger bis Scheidemann und die von ihnen Genasführten. Alle anderen wußten, die Abdankung der Regierung zugunsten der Militärgewalt ist eine so vollständige, daß jede selbständige politische Tat unmöglich ist, selbst wenn nicht der Wille dazu fehlte. Der bürgerliche Reichskanzler hat vor den Generalen kapituliert.

Gewinnmacher-Kriegsziele.

Zuweilen verraten Kriegsbegeisterte, warum weiter gekämpft werden soll, unbekümmert um die Opfer, die jeder Tag Krieg kostet; Opfer an Menschen und Gut. Und wenn man über die wirklichen Ziele spricht, dann hört man nichts davon, daß es gelte, Deutschland vor der Zerstückelung zu bewahren, was sonst wohl behauptet wird.

Einer deren, die verraten haben, was sie wollen, ist der Vorsitzende der Ilseder Hütte. Und der Ort, wo er sich frei gehen ließ, war eine Generalversammlung des Unternehmens. Vor den Aktionären sprach sich der Vorsitzende, Justizrat Meyer, ungeniert aus. Zunächst forderte er eine große Kriegsentschädigung, damit das Kapital von Steuern verschont bleiben könne. Entschädigungen müsse man nehmen, wie sie nur „irgend zu haben seien". Die Heeresleitung müsse über die Friedensresolution des Reichstags zur Tagesordnung übergehen. Allerdings, opferbereit sei man — aber die anderen sollen bezahlen.

Mit einer nur „irgend" zu erreichenden großen Kriegsentschädigung ist der Mann jedoch nicht zufrieden. Er verlangt auch „Angliederungen" im Westen. Die Erzbecken von Briey und Longwy müßten Deutschland einverleibt werden. Das „verstehe sich von selbst". Und als Begründung für diese Forderung bemerkte er, die Ilseder Hütte hätte an andere Werke Erze abgeben müssen; also hätte Deutschland Mangel an Erzen. Merkwürdig: weil die Ilseder Hütte mehr Erze hat, als sie verarbeiten kann und darum die überschüssige Menge verkauft, darum muß Deutschland annektieren! Aber auch angenommen, Deutschland habe Mangel an Erzen, muß darum annektiert werden? Wir haben doch auch Mangel an Baumwolle und vielen anderen Produkten. Nach dem Grundsatze des Herrn Meyer müßte Deutschland die halbe Welt erobern, um sich mit allem selbst versorgen zu können. Und dann, wenn der Mangel an irgend einem Punkt die gewaltsame Aneignung rechtfertigt, dann ist schließlich jede Plünderung, auch von anderer Seite, durchaus berechtigt. Nach solchen Grundsätzen wird Gewalt und Raub zum obersten Prinzip erhoben.

Um die Regierung abzuschrecken, es ihr zu verleiden, die Kriegsbeute der Industriellen steuerlich zu erfassen, erklärte der Mann ferner, daß eine fühlbare Belastung der Unternehmen dahin führen werde, keine Betriebsverbesserungen vorzunehmen oder aber, um dem Steuerfiskus ein Schnippchen zu schlagen, daß das Geld zu unnützen Ausgaben ausgegeben würde.

Das ist ein reizendes Bekenntnis! Es wäre schade, wenn es nicht allgemein bekannt würde. Damit die Industriellen billige Erze bekommen, soll der Krieg vielleicht noch Jahre fortgesetzt werden. Die Erzbecken müssen erobert werden. Was sie dem Volk an Gut und Blut kosten, wird nicht in Rechnung gestellt. Der Krieg bringt auf alle Fälle riesenhafte Gewinne. Aber ehe man einen ordentlichen Teil davon zur Kostendeckung des Krieges abgibt, verzettelt man das Geld lieber in zwecklosen Ausgaben.

Die Stempelsteuern.

Im Hauptausschuß des Reichstags erklärte am Mittwoch bei Beratung der Aenderung des Reichsstempelgesetzes Staatssekretär Graf v. Rödern, daß das ganze Gebiet der sogenannten Börsensteuer bisher nur 125 Millionen Mark erbracht hat. Eine Erhöhung um 200 Millionen Mark kann im Verhältnis zu anderen Steuergebieten nicht als übermäßig hoch bezeichnet werden. Was die Erhöhung des Umsatzstempels für Aktien auf 3 pro Mille anlangt, so ist es zweifelhaft, ob eine Ermäßigung den erwarteten Ertrag einbringen wird. Es wird nicht schaden, wenn die augenblickliche Ausdehnung der Spekulation an der Börse durch einen hohen Umsatzstempel eingedämmt wird. Die Erhöhung der Provision der Banken auf 2½ pro Mille vom ausmachenden Betrag ist ohne Widerspruch des Publikums aufgenommen worden. Reichsbankpräsident v. Havenstein erklärte, er hat aus der Verhandlung den Eindruck gewonnen, daß bei allen Seiten gewisse Bedenken bestehen gegen den Satz von 3 pro Mille. Wir brauchen eine geschäftskräftige und tätige Börse, und die kann allerdings durch den Satz getroffen werden. Wir stehen aber vor einer besonders wilden Spekulation als Kriegserscheinung. Kriegsgewinnler und andere Kreise wirken mit, um der Spekulationslust zu fröhnen. Man wird ihnen nicht beikommen, solange es nicht möglich ist, sie durch starke Kriegsabgaben zu fassen. Für gesunde Zeiten würde der vorgeschlagene Satz nicht passen, wohl aber jetzt als Mittel im Kriege, um die Spekulationslust einigermaßen einzudämmen.

Rußlands Schwierigkeiten.

Hungersnot in Petersburg? Wien, 5. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Lenin an sämtliche Sowjets folgendes Rundtelegramm gerichtet: Eine ungeheure Katastrophe bedroht Petersburg. Es gibt kein Brot mehr dort. Die Bevölkerung der Roten Residenz nährt sich nur noch von Kartoffeln und Biskuits, die jedoch auch zu Ende gehen. Das revolutionäre Petersburg stirbt des Hungers. Die Gegenrevolution hat hieraus bereits Vorteil gezogen, indem sie die Arbeiterschaft gegen die Sowjetregierung aufwiegelt. Diese bietet alles auf, um Petersburg vor dem Hungertode zu retten.

Russischer Protest gegen England. Stockholm, 5. Juni. Nach Blättermeldungen aus Moskau richtete Tschitscherin an Lockhart, den diplomatischen Vertreter Großbritanniens in Petersburg, einen scharfen Protest gegen die neuerdings wieder aufgenommene Zwangsaushebung russischer Untertanen für die englische Armee. Die Protestnote betont, daß die britische Regierung bei dieser widerrechtlichen Maßnahme im Einverständnis mit den Vertretern der alten russischen Regierung handelt, welche schon lange nicht mehr besteht und heute nur noch die Triebkraft der gegenrevolutionären Bewegung ist. Die Grundsätze und die politische Lage der russischen Sowjetrepublik verlangen absolute Neutralität im Weltkriege.

Die Gefahr im äußersten Osten. Kiew, 2. Juni. Moskauer Zeitungen melden, daß die neue Regierung der autonomen Sibirischen Republik in Charbin ihre Tätigkeit begonnen hat. In der ersten Kabinettssitzung wurde über Maßnahmen zur Liquidation der Sowjet-Regierung im fernen Osten beraten. Admiral Koltschak wies darauf hin,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180606-15/fragment/page=0002

daß die neue Regierung Sibiriens auf die volle Unterstützung Amerikas rechnen dürfe, da die neue Regierung auf Anregung Amerikas gebildet wurde. Oktrogow als Innenminister erklärte, daß auch Japan die neue Regierung unterstützen wolle. Die neue sibirische Regierung hat beschlossen, Nordamerika um Unterstützung zu bitten.

Die Getreideversorgung Hollands.

Haag, 4. Juni. (Korrespondenz-Bureau.) Ueber die Entsendung von Schiffen, um Getreide aus Amerika zu holen, hat der Minister des Äußern unter Bezugnahme auf seinen Brief vom 2. Mai sowie auf die bereits früher der Kammer gemachten Mitteilungen erklärt: Die alliierten Regierungen haben sich bereit erklärt, drei in überseeischen Häfen liegende Getreideschiffe unbehindert nach Holland abgehen zu lassen. Der Minister hat schriftlich befriedigende Bürgschaften erhalten, daß die drei im Pendelverkehr aus den niederländischen Häfen auslaufenden Schiffe Getreide zur Versorgung Hollands holen dürfen, ohne daß ihnen von Seiten der Alliierten Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden. Die holländische Regierung hat auch von der deutschen Regierung Sicherheiten erhalten, daß die Schiffe sicher durch die freie Fahrrinne fahren dürfen und vor U-Boot-Angriffen bewahrt bleiben würden.

Amsterdam, 4. Juni. (W. T. B.) Wie Algemeen Handelsblad erfährt, kann man jetzt jederzeit die Mitteilung erwarten, daß die Java und Stella mit Getreide aus den Vereinigten Staaten abfahren werden. Am Sonntag ist ein Auftrag der Regierung mitgeteilt worden, daß die Ausfahrt angetreten werden könne. Die Zitadijk und der Hector sind heute nach Amerika abgefahren.

Schlechte Aussichten der finnischen Königsmacher.

Dem Vorw. wird aus Stockholm, 3. Juni, gemeldet: Die Diskussion über die Regierungsform wird in der finnischen Presse und in Versammlungen immer intensiver. Die Schweden und die Altfinnen sind Monarchisten, die Jungfinnen und Agrarier sind Republikaner. Doch blieb die altfinnische Presse in der Provinz teilweise republikanisch, und unter 75 Unterzeichnern eines am 29. Mai erschienenen republikanischen Aufrufs befinden sich mehrere Altfinnen. Andererseits ging ein Bruchteil der Helsingforser Jungfinnen zu den Monarchisten über, darunter jungfinnische Regierungsmitglieder, wohingegen die Agrarier sämtlich Monarchisten blieben, darunter beide der Agrarpartei angehörigen Minister. Von der schwedischen Partei sind mindestens drei Landtagsmänner Republikaner. Trotz heftiger monarchistischer Agitation hält das Landvolk an der Republik fest. Jedenfalls ist das Zustandekommen einer qualifizierten Mehrheit für die Monarchie im Landtag ausgeschlossen, und bei einer Neuwahl würden die Republikaner jedenfalls gewinnen. Eine Volksabstimmung hätte dasselbe Resultat.

In monarchistischen Kreisen und in der Regierung besteht die Neigung, auf Grund der Verfassung von 1773 mittels einfacher Abstimmung die Königswahl vorzunehmen und erst hernach über die Regierungsform Entscheidung zu fassen. Die Republikaner bezeichnen dies als Staatsstreich, da tatsächlich Finnland die Republik proklamierte, und auch der Landtagsvorsitzende widerstrebt diesem Verfahren. Auch glaubt man, daß der in Aussicht genommene Thronkandidat nur eine einfache Wahl annehmen würde. So ist es wahrscheinlich, daß die Reichsvorsitzschaft vorläufig beibehalten wird. Die Regierung ist entschieden monarchisch, aber ihre Umgestaltung hat die schwedische Partei verstimmt, und ebenso der vor Wochenfrist geschehene Rücktritt des Generals Mannerheim.

•

Entscheidung durch Volksabstimmung? Stockholm, 4. Juni. Der Korrespondent von Dagens Nyheter in Helsingfors berichtet, daß weder die Monarchisten noch die Republikaner im Landtag auf die durch die Verfassung vorgeschriebene qualifizierte Mehrheit rechnen können und daß der Gedanke, die Frage, ob Monarchie oder Republik, durch Volksabstimmungen zu entscheiden, immer mehr Anhänger findet.

Kleine politische Nachrichten.

Der Leidensweg der Wahlrechtsvorlage. Berlin, 5. Juni. Der Ältestenausschuß des Abgeordnetenhauses hat heute beschlossen, dem Hause vorzuschlagen, daß die vierte Lesung des Verfassungsgesetzes am Dienstag, den 11. Juni, stattfindet. Die Vollsitzung am vorhergehenden Montag ist zu nachmittags 3 Uhr in Aussicht genommen, damit die Parteien Gelegenheit zur Beratung und eventuellen Beschlußfassung haben. Sollte die 4. Lesung Aenderungen gegen die 3. Lesung ergeben und dadurch eine 5. Lesung notwendig werden, so ist hierfür der 3. Juli in Aussicht genommen, eventuell der 4. Juli, sofern die 4. Lesung sich auch noch auf den 12. Juni erstrecken sollte.

Beim Reichskanzler fand gestern nachmittag eine Besprechung der Parteiführer der Reichstagsfraktionen, und zwar, wie die Kreuzzeitung schreibt, über den Frieden von Bukarest statt.

Der gefälschte Brief im Herrenhaus. Im preußischen Herrenhaus, das am Mittwoch eine Sitzung abhielt, wies vor Eintritt in die Tagesordnung Graf von York darauf hin, daß er in seiner letzten Rede über Polenpolitik dem Dichter Sienkiewicz den Vorwurf gemacht habe, er hätte deutsche und österreichische Untertanen zum Bruch des Fahneneides aufgefordert. Durch die Witwe des Dichters habe er erfahren, daß das unrichtig sei, und daß der Brief, auf den er sich gestützt habe, eine Fälschung wäre.

Was der hochedle Herr Graf da zugeben mußte, ist allerhand. Vornehme Gesinnung ist es jedenfalls nicht, wenn ein Abgeordneter mit gefälschten Briefen einen verstorbenen Dichter verdächtigt.

Verlängerung des bayrischen Landtags. München, 5. Juni. Dem Landtage ist von der Staatsregierung ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach die laufende Landtagswahlzeit um weitere zwei Jahre verlängert werden soll.

Zum Reichskommissar für Kurland und Litauen ist an Stelle des ausgeschiedenen Ministerialdirektors a. D. Dr. Grafen von Keyserlingk der Verwaltungschef beim Oberbefehlshaber Ost, Unterstaatssekretär Freiherr v. Falkenhausen, ernannt worden. Der Reichskommissar untersteht dem Staatssekretär des Innern.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung, Mittwoch, 5. Juni, 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Eisenhart-Rothe.

Die Beratung des Gestütsetats wird fortgesetzt, danach folgt die Beratung des

Kultusetats.

Ein Antrag des Abg. D. Traub (Dortmund) wünscht Einstellung von 60 000 Mk. in den Etat zur Förderung geschichtlicher Forschungen über die Zeit der Reformation und Gegenreformation.

Anträge des Ausschusses wünschen Einrichtung wissenschaftlicher Vorlesungen über Politik, Ausbau der Seminare, Verbesserung des staatsbürgerlichen Unterrichts, Förderung der Einheitskurzschrift u. a. m.

In der allgemeinen Besprechung lehnen es zunächst die vorgemerkten Redner ab, vor leeren Bänken zu sprechen.

Abg. Haenisch (Soz.): Dem konservativen Bedauern über den Rücktritt des Exministers v. Trott zu Solz können wir uns nicht anschließen. Seine Verwaltung war reaktionär, erst in der letzten Zeit hat sie etwas eingelenkt. Eine neue Zeit bricht an; trägt der neue Minister ihren Notwendigkeiten nicht Rechnung, so werden wir ihn scharf bekämpfen müssen. (Zustimmung b. d. Soz.) Der Friedbergsche Dissidentenkinder-Antrag wird wohl erst vom Hause des gleichen Wahlrechts erledigt werden! Der Minister hat im Ausschuß erklärt, es sei seine Aufgabe, die Schule frei von Politik und Parteitendenzen zu halten. Gewiß ist es ein Unfug, die Schuljugend in eine bestimmte politische oder religiöse Bildung hineinpressen zu wollen, aber das sag ja gerade in Ihrem Sinn! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Schule der Zukunft muß eine andere sein. Der vielgelästerte „Kriegssozialismus" hat Deutschland gerettet; die Einführung der Brotkarte und das Hilfsdienstgesetz werden dem künftigen Kulturhistoriker als bedeutungsvollste Tatsachen erscheinen. (Zurufe.) Wenn es uns nicht besser geht, so liegt das an der mangelhaften Anwendung sozialistischer Wirtschaftsgrundsätze und an dem völligen Fehlen volkswirtschaftlicher, technologischer und praktischer Vorbildung unserer Beamten. In der kommenden Zeit des Wiederaufbaus, der Monopole, der Demokratie und des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus brauchen wir anders vorgebildete Beamte. An politischer Reife steht, entgegen dem bekannten konservativen Ausspruch im Wahlrechtsausschuß, die deutsche Arbeiterklasse keiner andern Volksklasse nach; wenn aber unser ganzes Volk wirtschafts- und außerpolitisch nicht auf der Höhe ist, so darum, weil der alte Obrigkeitsstaat es von solcher Betätigung ferngehalten und die Luxburg und Lichnowsky vorgezogen hat. Geben Sie dem Volke äußere politische Rechte, damit für die kommenden ungeheuren Anforderungen alle Volkskräfte mobil gemacht werden können. Wir müssen uns einen neuen deutschen Menschentyp schaffen, der gleich weit entfernt ist von dem weltfremden, ideologischen Träumer von Anno dazumal wie von dem bloß rechnenden Egoisten des kapitalistischen Zeitalters. Es muß in sich vereinigen eisernste Pflichterfüllung, nüchternsten Tatsachensinn und höchsten Idealismus. Die Auslese der Tüchtigsten, die wir bisher nur auf militärischem Gebiet hatten, die müssen wir auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erreichen. Dazu muß uns eine

große Reform unseres ganzen Schulwesens

verhelfen. Heute zeigt es ein ganz unorganisches Durcheinander; die Begabten- und Reformschulen, die Landerziehungsheime und freien Schulgemeinden sind erst Einzelerscheinungen. Das ganze Schulwesen muß eine einheitliche Leitung haben, eine Schulgattung muß organisch aus der anderen hervorgehen, die ganze öffentliche Meinung muß von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß Hand- und Kopfarbeit sozial gleich notwendig und darum auch gleichwertig sind.

Alle Schulen bis zur höchsten müssen jedem Befähigten offen stehen.

Das humanistische Gymnasium wollen wir nicht abgeschafft, sondern ergänzt sehen durch andere Schulgattungen, in denen auch Sprache, Kultur, Geschichte und Politik derjenigen Länder gelehrt werden, mit denen wir in stärkerem Verkehr stehen, wie Rußland, Skandinavien, des Balkans. Die Grundbegriffe der Volkswirtschaft müssen schon auf der Unterstufe gelehrt und die Wirtschaftskunde systematisch weitergebildet werden bis zu einer Ausbildungsanstalt für praktische Volkswirte. Die Kinder sind auch körperlich zu erziehen, die gesundheitlichen Gefahren ihnen beizubringen. Zur engsten Fühlung zwischen Schule und Haus sollen Elternabende dienen, aber auch zwischen Lehrern und Schülern soll Vertrauen und Freundschaft bestehen. Möglichst weite Selbstverwaltung der Schüler wird dazu beitragen. Die neue Schule soll dazu erziehen, die ganze Kraft einzusetzen für die großen sozialen und politischen Notwendigkeiten der Zeit. Möge der neue Minister bald einer Schulkonferenz von Schulmännern, Politikern, Volkswirtschaftlern und Vertretern des praktischen Lebens ein großzügiges Reformprogramm unterbreiten! Das alles wird nationale vaterländische Arbeit im besten Sinne sein. Zu dieser rufen wir Sie auf; noch dieser ungeheuren Zerstörungszeit wird es keine bessere Kapitalanlage geben, als die noch so hohen Kosten einer solchen Reform, die uns rüstet für den großen wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker. Für England hat Haldane diese Notwendigkeit ausgesprochen. Geben Sie uns das freie Wahlrecht, das uns aus einem ohnmächtigen Häuflein zu einer großen Partei macht und Sie sollen sehen, wie positiv wir „Bürgler" arbeiten werden zum Besten des ganzen Volkes und Staates; mit Ihnen, wenn Sie uns folgen wollen, ohne Sie, wenn Sie passiv beiseite stehen, gegen Sie, wenn Sie sich uns in den Weg stellen! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Graue (Frs. Volksp.): Die einzig wahrhafte Sicherung zum allgemeinen Wahlrecht heißt Volksbildung. Wir lehnen die konfessionelle Schule ab.

Abg. Hensel (Kons.): Den Kriegssozialismus haben wir satt, das Volk sehnt sich nach persönlicher Freiheit. Das leisten die Sozialisten im Reichstag? (Unruhe b. d. Soz.) Die Reaktion auch dem Volke erhalten bleiben. Das Reformationsjubiläum hätte würdig gefeiert werden müssen.

Weiterberatung Donnerstag 11 Uhr. — Schluß 4½ Uhr.

Allerlei.

Wien—Kiew im Postflugzeug.

In einem Aufsatze von Ludwig Kapeller, der den Flug mitmachte, in der Voss. Ztg. heißt es: Jeden Morgen um 5 Uhr startet ein Flugzeug in Aspern bei Wien; es trifft in Krakau gegen 8 Uhr ein und wird hier von einem neuen Apparat mit neuer Bemannung abgelöst, das etwa um 11 Uhr Lemberg erreicht. Wiederum Flugzeugwechsel: dann Zwischenlandung in Proskurow. Ankunft in Kiew im Laufe des Nachmittags. Die Luftlinie Wien—Kiew mißt 1200 Kilometer und wird durchschnittlich in zehn bis zwölf Stunden zurückgelegt. Im Schnellzug fährt man an die 40 Stunden, 17 bis Lemberg, 10 bis Krakau. Zeitersparnis: 30, bzw. 12, bzw. 7 Stunden. Die Flugpostlinie Wien—Kiew — von den bis jetzt bestehenden die längste — entstand aus dem Bedürfnis, eine schnelle und sichere Verbindung herzustellen zwischen den in der ukrainischen Hauptstadt wirkenden österreichisch-ungarischen Abordnungen und den Ministerien in Wien. Vom k. u. k. Luftfahrttruppenkommando stammt die Anregung; das Kriegsministerium griff sie auf, das Handelsministerium unterstützte sie, und die Postverwaltung schloß sich an. Seit dem 20. März d. J. fliegt täglich in Wien und Kiew je ein Flugzeug auf; seit dem 1. April wird neben der amtlichen auch private Post — zunächst nur bis Lemberg — befördert. Ein Flugpostbrief bis Krakau kostet 2,65 Kronen, bis Lemberg 4,15 Kronen für je 20 Gramm. Durchschnittlich werden täglich etwa 1000 Briefe befördert.

Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Kilian. Verantwortlich für Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

42]

Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman von W. W. Jacobs.

Kapitän Busack, seine Bewegung mit Mühe verbergend, gab das zu und lenkte, sich gegen die Reeling lehnend, seine Aufmerksamkeit auf die Schönheit der Sterne und des Meeres. Von der Gelegenheit und der Lieblichkeit der Nacht hingerissen, wurde er sentimental und sprach mit einer merkwürdigen Mischung von barschem und scheuem Wesen von seiner betagten Mutter, von dem einsamen Leben eines Seefahrers und dem unschätzbaren Gut echter Freundschaft. Er legte seinem mitfühlenden Zuhörern seine innerste Seele dar, um dann, unter dem Vorgeben, aus einer Bemerkung Herrn Grots zu schließen, daß er ihm das Geheimnis der Seereise erzählen wolle, das Anhören desselben auf Grund dessen abzulehnen, daß er nur ein rauher Seemann und ihm nicht zu trauen sei. Herr Grot, der dies heftig bestritt, überzeugte ihn endlich, daß er sich im Irrtum befinde, und entdeckte dann, daß, verwirrt durch seine Gegenrede, der Kapitän sich bereit erklärt hatte, von dem Geheimnis, von dem er keine Mitteilung zu machen beabsichtigte, Kenntnis zu nehmen.

„Aber denken Sie sich," sprach Busack, warnend seinen Finger erhebend, „ich werde Peter Gumpel nichts davon erzählen. Es ist nicht nötig, daß er es auch weiß."

Herr Grot sagte „Natürlich nicht" und da er sah, daß es kein Entrinnen mehr für ihn gab, führte er den widerwilligen Mann soweit wie angängig vom Steuer fort und teilte ihm flüsternd alles mit. Als sie sich für die Nacht trennten, wußte Kapitän Busack sodiel, wie die Mitglieder der Expedition selbst und beruhigte mit seltener Geistesgegenwart Herrn Grots Gewissen dadurch, daß er sagte, er habe tatsächlich die ganze Geschichte von Anfang an geahnt.

Er hörte ein paar Tage später mit großem Interesse zu, als Herr Hagedorn, nachdem er laut überlegt hatte, welche Insel zuerst besucht werden sollte, ihm die Lage von Boldts Insel angab, von Korallenriffen und vulkanischen Eruptionen zu reden begann. Sie befanden sich jetzt mitten zwischen den Inseln. Zwei passierten sie in ziemlicher Entfernung und fuhren dann so dicht an einer dritten vorbei: — lebhaftlich ein Riff mit ein paar Palmen darauf — daß Herr Grot, nach einer längeren Inspizierung vermittels eines Kriimstechers, sie für unbewohnbar erklären konnte.

Eine vierte kam ein paar Tage später in Sicht; eine kleine grüne Bank an Steuerbord. Kapitän Busack, der sie längere Zeit mit großer Aufmerksamkeit betrachtet hatte, schob sein Fernglas mit einem Knall zusammen und trat auf Herrn Hagedorn zu.

„Das ist sie," sagte er in zufriedenem Ton.

Herr Hagedorn, der seinen Tee trank, setzte seine Tasse hin und erhob sich, wie es schien, mit geringem Interesse. Herr Stobel tat desgleichen und beide sahen höchst indigniert auf die unverhohlene Aufregung des Herrn Grot, wie er die Manten hinaufeilte, um einen besseren Ausblick zu haben. Hagedorn mit dem Fernrohr des Kapitäns und Stobel mit einem alten Feldstecher, in den er großes Vertrauen setzte, blickten von Deck aus hinüber. Hagedorn war der erste, der sprach.

„Sind Sie sicher, daß dieses die richtige ist, Busad?" fragte er nachlässig.

„Gewiß, Herr Hagedorn," erwiderte der Kapitän etwas verwundert. „Wenigstens ist es die, nach der Sie mir zu steuern befahlen."

„Steht wenig nach der Karte aus," sagte Stobel leise bei Seite. „Wo ist der Berg?"

Hagedorn guckte wieder hinüber. „Es scheint mir, als wenn sie in der Mitte ein bischen höher ist," meinte er nach einer längeren Besichtigung; „außerdem ist es ein Hügel, kein Berg."

Kapitän Busack, der höchst taktvoll während ihres Flüsterns etwas bei Seite getreten war, trat jetzt wieder auf sie zu.

„Ich weiß nicht, ob ich je zuvor diese selbe Insel gesehen habe," sagte er freimütig, „wahrscheinlich nicht; aber es ist die, die ich finden sollte. Es gibt über ein paar hundert, große und kleine, hier überall herum. Wenn Sie meinen, daß Sie sich geirrt haben, können wir ja einige von den anderen probieren."

„Nein," entgegnete Hagedorn nach einer Pause und einer erneuten längeren Besichtigung, „diese muß richtig sein."

Herr Grot kam von oben herab, seine Augen vor reinster Freude strahlend, und gesellte sich zu ihnen.

„Wie lange wird es dauern, bis wir an Seite sind?" fragte er.

„Zwei Stunden," antwortete der Kapitän; „vielleicht drei," fügte er nach kurzem Nachdenken hinzu.

Herr Grot blickte nach oben und begann, nach ein oder zwei sachkundigen Fragen mit Bezug auf den Wind, sich mit leiser Stimme mit seinen Freunden zu besprechen. Herrn Hagedorns Besorgnis wegen der Identität der Insel verwarf er sofort als grundlos. Ihn befriedigte der Hügel und als er beim Näherkommen auf Unterschiede in der Form zwischen Insel und Karte aufmerksam gemacht wurde, erklärte er diese schlank dadurch, daß er auf die Schwierigkeit der Kartographie für einen Amateur hinwies.

„Da ist unsere Stelle," sprach er, mit seinem Zeigefinger, den der aufmerksame Herr Stobel sofort herunterschlug, darauf bedeutend. „Wir hätten es, was die Zeit anbetrifft, gar nicht besser abpassen können. Wir wollen heute nacht an Land im Zelte schlafen und bei Tagesanbruch mit dem Suchen beginnen."

Kapitän Busack näherte sich der Insel sehr vorsichtig. In den Augen der Reisenden schien sie beim Näherkommen die Gestalt zu wechseln, bis sie sich endlich, als die Schön Emily vor dem Riff, welches sie schützte, Anker warf, als eine kleine Insel, etwa zwei Kilometer lang und zwei- oder dreihundert Meter breit, darstellte. Ein Strand von Korallensand fiel abschüssig in die See, und ein Hintergrund von Kokospalmen und anderer Vegetation vollendete ein Bild, das Herr Grot mit andächtigem Entzücken anstarrte.

Er ging unter Deck, als der Anker fiel und kehrte nach kurzer Abwesenheit, von Waffen starrend, an Deck zurück. Ein kleines Zelt nebst wollenen Decken und Lebensmitteln und einer langen Holzkiste, die ein paar Spaten und eine Spitzhacke enthielt, wurden in eins der Boote gepackt und die drei Freunde folgten hinein, nachdem sie den Kapitän genauestes Instruktionen gegeben hatten. Herr Gumpel nahm das Steuer und entdeckte nach kurzem Rudern am Rande des Riffs entlang eine Oeffnung, die Zutritt zu dem ruhigen Wasser drinnen gewährte.

„Ein hübscher Fleck, meine Herren," bemerkte er, den Blick forschend über die Insel gleiten lassend. „Ich glaub' nich, daß jemand darauf is."

„Wir wollen erst mal darüber hingehen, um sicher zu sein," sagte Stobel, als der Kiel des Bootes in den Strand einschnitt, „kommen Sie mit, Grot."

Er sprang hinaus, ergriff eine der Flinten und schritt, von Herrn Grot gefolgt, den Strand entlang. Die Leute sahen ihnen sehnsüchtig nach und holten dann auf den Befehl des Steuermanns die Vorräte aus dem Boot und schlugen das Zelt auf. Als Grot und Stobel zurückkehrten, saßen sie wieder im Boot, fertig zur Abfahrt.

Ein Gefühl der Verlassenheit überkam Herrn Grot, als er dem sich entfernenden Boote mit den Blicken folgte. Der Schoner, der eine halbe Meile vom Riff vor Anker lag, hatte seine Segel eingeholt und bot einen seltsam kahlen und verlassenen Anblick dar. Grot fragte sich, wie lange der treue Busack brauchen würde, um im Notfalle Hilfe zu schicken, und tadelte sich heftig, daß er keine Raketen zum Signalisieren mitgebracht habe. Lange vorher, ehe die Nacht kam, hatte die Aussicht, an Land zu schlafen, allen Reiz verloren.

„Einer von uns sollte Wache halten," sprach er, als Stobel, nach einem lüstigen Abendessen, dem eine gemütliche Pfeife gefolgt war, sich zum Schlafen in seine Decke einrollte.

Herr Stobel grunzte und war nach einigen Minuten fest eingeschlafen. Herr Hagedorn folgte, nachdem er erst die Kerze ausgeblasen hatte, seinem Beispiel, während Grot, eine Beute wilder Befürchtungen, auffuhren blieb und mit einem gewaltigen Revolver spielte.

Die Neuheit der Lage, das melancholische Aufschlagen der Wogen am Strande in der Ferne und leise, unbestimmte Geräusche rings herum hielten ihn wach. Er meinte schleichende Schritte auf dem Strande zu hören und den leisen Ruf dumpfer Stimmen zwischen den Palmen. Zweimal weckte er seine Freunde und zweimal richteten sie sich auf und kangelten ihn ab.

„Wenn Sie Ihre knöcherigen Finger noch mal in meine Rippen bohren," knurrte Herr Stobel, zürnlich die betreffende Stelle reibend, „werden wir wohl eine kleine Auseinandersetzung haben. Wie eine Eisenstange war es."

„Ich dachte, ich hörte etwas," sagte Herr Grot. „Ich würde geschossen haben, aber ich wollte Sie nicht gern erschrecken."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180606-15/fragment/page=0003

Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Halle (S.).

Sonntag, 9. Juni, nachmittags 3 Uhr im „Gewerkschaftshause"

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Die Sozialversicherung in der Kriegszeit.**
Referent: Genosse **Kleeis**, Arbeitersekretär, Halle.
2. **Bericht von der Konferenz in Merseburg.**
3. Verbands-Angelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht dieser sehr wichtigen Tagesordnung, insbesondere der Vortrag des Genossen Kleeis, welcher jedem Zimmerer von größtem Interesse sein muß, ist es Pflicht jedes einzelnen in der Versammlung zu erscheinen.

825 **Der Vorstand**

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf des der Stadt überwiesenen **Sirups** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Freitag, den 6. Juni 1918. Für jede Person eines Haushaltes können 200 Gramm abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 50 Pfg. für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Sirup einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 184 des Warenbezugscheines XVI zu erfolgen.

Zur Verteilung steht augenblicklich nur eine Teilmenge zur Verfügung, die wegen Rückgabe der Fässer nicht bis zum Eintreffen weiterer Mengen aufgehoben werden kann. Es können deshalb jetzt nicht alle Kleinhändler beliefert werden. Haushalte, die den Sirup jetzt nicht erhalten können, erhalten ihn in Kürze. Der Zeitpunkt wird noch bekanntgegeben.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken abzutrennen und zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, 6. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Kaffee-Ersatz in der Talamtschule am Freitag, den 7. Juni 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 9001—13500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 13501—18000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Für jede Person eines Haushaltes kann ½ Pfund zum Preise von 150 Pfg. abgegeben werden.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Halle, den 6. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Magermilch.

Am Freitag, den 7. Juni 1918, wird für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre der Verkauf von Magermilch fortgesetzt. Der Verkauf erfolgt von mittags 12 Uhr ab an folgenden Stellen: Bei dem Milchhändler Hinsche, Große Gosenstraße 21, bei der Milchhändlerin Meinhardt, Gr. Brunnenstraße 36, und bei der Milchhändlerin Jäckich, Gr. Brunnenstraße 16. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine Nr. 49001 bis 52500.

Für **jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre wird** ½ Liter Magermilch auf den Abschnitt 6 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse zum Preise von 12 Pfennigen abgegeben.

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 6. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von kondensierter Milch, in der Talamtschule am Freitag, 7. Juni 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 9001—13500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 13501—18000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Einzelne Personen erhalten: 1 Flasche dänische sterilisierte Vollmilch zum Preise von 1.25 M. für die Flasche.

Haushalte bis drei Personen erhalten: 1 Dose kondensierte Magermilch zum Preise von 1.25 M. für die Dose.

Haushalte von mehr als drei Personen erhalten: 2 Dosen kondensierte Magermilch zum Preise von 1.25 M. für die Dose. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 6. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Quark.

Am Freitag, den 7. Juni dss. Js., erfolgt der Verkauf von Quark auf den Abschnitt 6 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an folgenden Stellen: Milchhändlerin Rinke, Göthestr. 13, Milchhändlerin Rast, Humboldtstr. 48, Milchhändlerin Pötsche, Brandenburgerstraße 10, Kaufmann P. Creuzmann, Talstraße 2. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine Nummer 56001—65000. Für jedes Kind vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre wird ½ Pfund Quark auf den oben bezeichneten Abschnitt zum Preise von 37 Pfg. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten. Gefäße sind unbedingt mitzubringen.

Halle, den 6. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Nach § 1 der Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhversorgung vom 30. März 1918 dürfen getragene Schuhwaren, sowie Altleder (d. h. gebrauchtes Leder) entgeltlich nur an die von der Reichsstelle für Schuhversorgung zugelassenen Personen und Stellen veräußert und auch nur von diesen entgeltlich erworben und weiterveräußert werden.

Dasselbe gilt für folgende gebrauchte fertige Ware, wenn sie ganz oder teilweise aus Leder bestehen: Gamaschen, Handtaschen, Koffer (einschl. Segeltuchkoffer), Koffertaschen, Hutkoffer, Hutschachteln, Helmschachteln, Eimer, Fußbälle, Würfelbecher, Sättel, Satteltaschen, Zaumzeug, Zügel, Geschirr- und Lederzeug, Wagendecken, Plandecken, Schreibmappen, Schulmappen, Schultranzen, Tornister, Rucksäcke, Brieftaschen, Aktenmappen, Lederhängetaschen, Lederbeutel, Lederetuis, Lederfutterale, Lederkästen, Lederkissen, Lederdecken, Lederbezüge, Möbelbezüge aus Leder, Schnurfelle, Riemen aller Art (mit Ausnahme von Treibriemen, für welche die bereits erlassenen Vorschriften bestehen bleiben), Koppeln, Gürtel, Lederhelme, Gewehrfutterale, Jagdtaschen.

In Ausführung des § 2 der genannten Verordnung wird für die Stadt Halle die Altkleiderverwertungsstelle (Leipzigerstraße 17) als Stelle bezeichnet, an welche die obengenannten Gegenstände, sofern sie bereits gebraucht waren, allein verkauft und von der dieselben allein entgeltlich erworben und weiterveräußert werden dürfen.

Wer der vorstehenden Anordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geld bis zu 15000 Mk. oder einer dieser Strafen geahndet.

Neben der Geldstrafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Halle, 3. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Grosse Ulrichstrasse 53.

Holzschuhe!

(Holländer Art)

für Kinder u. Erwachsene,

einzigartig in Form, Material u. Ausführung, tragen sich sehr leicht, empfiehlt

H. Wettstein,

Grosse Ulrichstrasse 53. 731

Grosse Ulrichstrasse 53.

Erdbeertorten, Erdbeer-Eis, Erdbeer-Bowle, Erdbeeren mit Creme. Kirsch-Stachelbeertorten.

Am Kirchtor, **Konditorei DIETZE,** Ecke Mühlweg. 740

„Ohne Zucker"

Rezepte zum Einmachen von Früchten ohne Einkoch-Apparat und ohne Zucker, sowie die **besten Rezepte zum Einkochen von Gemüse.**

Preis 25 Pfg. Porto 5 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung,

Halle, Harz 42/44.

Schulbücher aller Art

Tafeln, Schiefer, Federkästen, Biele, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister usw.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung

Halle a. S., Harz 42/44.

Empfehle mich höflichst für

alle Buchbinder-Arbeiten.

Max Morgner, Halle (Saale), Papierhdlg. und Buchbinderei 34] Triftstr. 20. Teleph. 5656.

Wohnungs-Anzeigen

Stube u. Kamm., mon. 8 ℳ. zu verm. Weingärten 41.

Nachtrag zur Verordnung über die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl.

Auf Grund der §§ 57 bis 60 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (Reichsgesetzbl. S. 507) werden die Verordnung über die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl vom 15. August 1917 und die Nachtragsverordnungen vom 17. Oktober 1917, 31. Oktober 1917 und 26. Februar 1918 wie folgt geändert:

Artikel 1.

§ 1 Abs. 1 der Verordnung vom 15. August 1917 erhält folgende Fassung: Für Brot werden folgende Einheitsgewichte vorgeschrieben: 1. Roggenbrot 1750 Gramm; 2. Weißbrot 80 Gramm.

Artikel 2.

Die Nachtragsverordnungen vom 17. Oktober 1917 und vom 31. Oktober 1917 werden aufgehoben. § 3 der Verordnung vom 15. August 1917 erhält folgende Fassung: Bei der Abgabe von Mehl und Brot an die Verbraucher dürfen folgende Höchstpreise nicht überschritten werden: 1. Roggenmehl 0.15 Mk. für 285 Gramm; 2. Weizenmehl 0.17 Mk. für 285 Gramm; 3. Roggenbrot 0.80 Mk. für 1750 Gramm; 4. Weißbrot 0.05 Mk. für 80 Gramm.

Artikel 3.

§ 7 der Verordnung vom 15. August 1917 erhält folgende Fassung: Eine Brotmarke berechtigt zur Entnahme von 487.5 Gramm Roggenbrot oder 400 Gramm Weißbrot oder 285 Gramm Mehl; eine Zusatzbrotmarke zur Entnahme von 500 Gramm Roggenbrot oder 325 Gramm Mehl.

Artikel 4.

Die im § 1 der Nachtragsverordnung vom 26 Februar 1918 festgesetzten Einheitsgewichte werden wie folgt geändert: 1. Roggenschrotbrot 1750 und 875 Gramm; 2. Weizenschrotbrot 1600, 800 und 400 Gramm; 3. Hefenbrot aus Roggen- und Weizenmehl 1750 und 875 Gramm; 4. Brot aus Weizenauszugsmehl (sog Krankenbrot) 1600, 800 und 400 Gramm.

Artikel 5.

§ 2 der Nachtragsverordnung vom 26. Februar 1918 erhält folgende Fassung: Bei Abgabe von Brot an die Verbraucher dürfen folgende Höchstpreise nicht überschritten werden: 1. Roggenschrotbrot für 1750 Gramm 0.75 Mk., Roggenschrotbrot für 875 Gramm 0.38 Mk.; 2. Weizenschrotbrot für 1600 Gramm 0.90 Mk., Weizenschrotbrot für 800 Gramm 0.45 Mk., Weizenschrotbrot für 400 Gramm 0.25 Mk.; 3. Hefenbrot aus Roggen- und Weizenmehl für 1750 Gramm 0.85 Mk., für 875 Gramm 0.48 Mk.; 4. Brot aus Weizenauszugsmehl für 1600 Gramm 1.10 Mk., für 800 Gramm 0.55 Mk., für 400 Gramm 0.28 Mk.

Artikel 6.

Die im § 8 der Nachtragsverordnung vom 26. Februar 1918 genannten Höchstpreise werden wie folgt geändert: Für Weizenauszugsmehl 0.21 Mk. für 285 Gramm, für Zwieback (§ 1 der Verordnung vom 15. August 1917) 0.60 Mk. für 400 Gramm.

Artikel 7.

Dieser Nachtrag tritt am 17. Juni 1918 in Kraft.

Halle, den 1. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Nachtrag zu der Anordnung betr. Reisebrotmarken.

Auf Grund der §§ 57 ff. der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) wird die Anordnung vom 26. März 1918 betreffend Reisebrotmarken wie folgt geändert:

Artikel 1.

§ 3 Satz 1 erhält folgende Fassung: Für jeden Reisetag werden 4 Reisebrotmarken zu je 50 Gramm Gebäck gerechnet.

Artikel 2.

Dieser Nachtrag tritt am 17. Juni 1918 in Kraft.

Halle, den 1. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Die Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Magdeburg hat die Großhandelspreise für **Spargel** vom 5. Juni 1918 ab erhöht. Demgemäß werden die Kleinhandelspreise wie folgt festgesetzt: Erzeugerpreis pro Pfund Spargel unsortiert 45 Pfg., 1. Sorte 70 Pfg., 2. und 3. Sorte 45 Pfg., Suppenspargel 20 Pfg. Großhandelspreis pro Pfund Spargel unsortiert 65 Pfg., 1. Sorte 90 Pfg., 2. und 3. Sorte 65 Pfg., Suppenspargel 28 Pfg. Kleinhandelspreis pro Pfund Spargel unsortiert 85 Pfg., 1. Sorte 115 Pfg., 2. und 3. Sorte 85 Pfg., Suppenspargel 36 Pfg.

Halle, den 6. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Wir bescheinigen hierdurch mit verbindlichstem Danke, daß im Monat Mai 1918 die nachstehend bezeichneten Geschenke uns überwiesen worden sind: 1. Von dem Schiedsmann Herrn Buchmann, Sühnegeld in Sachen Kl./Ku., 6.50 M. 2. Von dem Schiedsmann Herrn Welz, Sühnegeld in Sachen N./K., 10 M. 3. Von Herrn August Domke, Sühne eines Arbeiters seiner Fabrik 5 M. 4. Von dem Schiedsmann Herrn Jacobine, Sühnegeld in Sachen R./D. 3 M. 5. Von dem Schiedsmann Herrn Huhn, Sühnegeld in Sachen K./B. 30 M. 6. Von dem Schiedsmann Herrn Geinschmidt, Sühnegeld in Sachen M./F. 5 M. Zusammen 59.50 Mark.

Halle, 3. Juni 1918. **Die Armendirektion.**

Von den Zinsen der **Dr. Petrus Eisenberg'schen Stiftung** stehen uns **zur Ausstattung eines hiesigen Dienstmädchens**, das sich verheiraten will, bedürftig, rechtschaffen und mindestens 20 Jahre alt ist, sowie wenigstens 3 Jahre hintereinander derselben Herrschaft treu gedient hat, 120 Mark zur Verfügung.

Bewerberinnen, bei denen diese Bedingungen zutreffen, wollen sich **bis zum 1. August ds. Js. im Bureau für Stiftungssachen**, Kleine Steinstraße 6, I, Zimmer Nr. 22, vormittags von 10 bis 12 Uhr melden.

Halle, den 3. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag, 7., Sonnabend, 8., und Montag, 10 Juni 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangende **Marmelade** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 6. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 148 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird mit Zustimmung des Magistrats folgendes verordnet:

§ 1. Abweichend von den Vorschriften in § 37, 88 A II, 39, 45, 47 der Bau-Polizei-Verordnung für die Stadt Halle vom 9. Juni 1910 darf die Polizeiverwaltung zulassen, daß in Dachgeschossen Räume, die bisher für den dauernden Aufenthalt von Menschen verboten waren, für solche Zwecke vorübergehend in Benutzung genommen oder eingerichtet werden, oder daß in ihnen Räume solcher Art vorübergehend neu eingebaut werden. Ebenso darf die Polizeiverwaltung abweichend von den Vorschriften in § 83 Ziffer 5, § 84 Z. 4, § 85 Z. 4, § 86 Z. 4, § 87 Z. 4, § 88 Z. 4, § 89 Z. 4, § 90 Z. 3, § 91 Z. 4, § 92 Z. 5, § 93 Z. 3, § 93a Z. 4 der Bau-Polizei-Ordnung zulassen, daß über das vorgesehene Maß das Dachgeschoß für Räume zum dauernden Aufenthalt von Menschen in Benutzung genommen, eingerichtet oder ausgebaut wird.

§ 2. Zur Ingebrauchnahme, zur Einrichtung oder zum Einbau von Räumen zum dauernden Aufenthalt von Menschen in Dachgeschossen bedarf es der schriftlichen Genehmigung der Polizeiverwaltung.

§ 3. Mit dem Antrag auf Erteilung der Genehmigung (§ 2) sind den Vorschriften des § 5 der Baupolizei-Ordnung vom 9. Juni 1910 entsprechende Zeichnungen einzureichen. Diese müssen insbesondere die Lage der fraglichen Räume, ihre Zugangsmöglichkeit, Größe und lichte Höhe erkennen lassen, sowie Angaben der Art und Stärke der verwendeten oder zu verwendenden Baustoffe enthalten.

§ 4. Die Zulassungsgenehmigung der Polizeiverwaltung wird befristet erteilt, und zwar längstens bis auf die Dauer von fünf Jahren. Mit Ablauf der Genehmigungsfrist sind die fraglichen Räume, soweit sie den dann gültigen Bestimmungen der Bau-Polizei-Ordnung widersprechen, wieder zu räumen und außer Benutzung zu stellen.

§ 5. Soweit in den vorstehenden Bestimmungen nicht ausdrücklich Abweichungen von den Vorschriften der Bau-Polizei-Ordnung vom 9. Juni 1910 zugelassen sind, bleiben die Vorschriften dieser Bau-Polizei-Ordnung nebst den hierzu ergangenen Nachträgen in Kraft.

§ 6. Die Uebertretung der Vorschriften dieser Polizeiverordnung wird nach Maßgabe der Strafbestimmungen in § 96 der Bau-Polizei-Ordnung vom 9. Juni 1910 geahndet. Erfolgt die Räumung nicht innerhalb der nach § 4 festgesetzten Frist, haben Mieter und Vermieter neben ihrer Bestrafung Zwangsmaßnahmen gemäß § 132 ff. L. V. G. zu gewärtigen.

§ 7. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer amtlichen Bekanntmachung in Kraft.

Halle, den 31. Mai 1918.

Die Polizeiverwaltung. Rive.

: Ermittelung der Wechselräder bei : Gang-Millimeter und Modulgewinden

ohne zu rechnen,

für Drehbänke mit Leitspindel von 2, 3 u. 4 Gang auf 1" engl

Preis 1 Mark. Porto nach auswärts 5 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,

Halle a. d. S., Harz 42/44.

Familien-Nachrichten.

Unsre Hoffnung auf Wiedersehen.
Die soll nicht in Erfüllung gehen!

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann

Albert Schäfer,

im Alter von 29 Jahren in einem Feld-Lazarett an seiner Verwundung gestorben ist. 824

Dies zeigen tiefbetrübt an

Frau Witwe **Ernestine Schäfer.**
Familie **Fritz Schäfer.** Familie **Hermann Taube.**
Frau **Marie Grutzke** nebst Angehörigen.

Ofendorf, Hauptstraße 26.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180606-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 6. Juni 1918.

Die neue Brotmenge.

Vom Magistrat wird mitgeteilt:

Am 17. d. M. tritt in der Stadt Halle die Herabsetzung der Brotmenge in Kraft. Die Verordnungen der Magistrats sind in der heutigen Nummer abgedruckt. Erfreulicherweise ist es dem Magistrat gelungen, die Herabsetzung in der mäßigen Grenze von nur ½ Pfund zu halten. Es werden künftig auf vier Brotmarken verabfolgt 1750 Gramm Roggenbrot oder 1600 Gramm Weißbrot oder 1140 Gramm Mehl. Die den Schwer- und Schwerstarbeitern bisher gewährten Brotzulagen werden nicht gekürzt. Diese Gruppen erhalten nach wie vor 1 bzw. 2 Zusatzbrotmarken über je 700 Gramm Roggenbrot. Die Zusatzbrotmarken werden künftig wegen ihrer besonderen Wertung in besonderen Neudrucken verausgabt.

Das Weißbrot ist in Stücken von 80 Gramm herzustellen, so daß jedes Brötchen 5 Gramm schwerer als bisher sein wird. Auf eine Brotmarke sind 5 Stück zu je 5 Pfennig zu verabfolgen. **Der Preis für 3½ Pfund (1750 Gramm) Roggenbrot beträgt 0,80 Mk.,** der Mehlpreis im Kleinhandel für 285 Gramm (gleich einer Brotmarke) Roggenmehl 0,15 Mk., für 285 Gramm Weizenmehl 0,17 Mk. und für 285 Gramm Weizenauszugsmehl 0,21 Mk.

Entsprechend der allgemeinen Herabsetzung der Brotmenge sind auch die besonderen Brotarten in der Menge und in den Preisen herabgesetzt worden.

An Reisebrotmarken werden zufolge Anordnung der Zentralstellen für den Reiseing vier Stück zu je 50 Gramm Gebäck ausgegeben.

Da die Ernteaussichten durchweg als günstige zu beurteilen sind, so kann die jetzt erforderlicher Neuregelung mit Sicherheit als eine nur vorübergehende Maßnahme angesehen und spätestens mit Beginn des neuen Erntejahres am 15. August d. J. mit einer Wiedererhöhung der Tagesbrot- und Mehlmenge gerechnet werden.

Feststellungen zur Abwehr.

Die Leute, die in der Volksstimme und gleichzeitig auch in der regierungssozialistischen Gesellschaft zur Wegnahme des Volksblattes die Regie führen, scheinen es unangenehm zu empfinden, daß das Volksblatt die Sache der unabhängigen Sozialdemokratie mit Energie vertritt. Ganz und gar nicht in den Kram zu passen scheint jenen Leuten aber unsere Abwehr ihrer sauberen Pläne zur Ueberführung des Volksblattes in den Besitz der Scheidemannrichtung, die bei der Rücksichtslosigkeit des Vorgehens auf der anderen Seite selbstverständlich gleich rücksichtslos sein muß. Für die unabhängige Partei steht in diesem Kampfe sehr viel mehr auf dem Spiel, als für unseren Widerpart, der dem Bankerott seines Hallischen Zeitungsunternehmens ja ohnehin nicht mehr entrinnen kann.

Wir haben nie die Absicht und haben sie auch heute noch nicht, dem Blatt in der Ulrichstraße größere Bedeutung beizumessen, als seiner außerordentlich geringen Verbreitung entspricht. Wenn wir gegen seine Auslassungen in dem Kampf um den Besitz des Volksblattes hin und wieder schreiben mußten, dann nur zu dem Zweck, die unerhörte Methode der Hallischen Blattraüber aufzuzeigen, die ausgerechnet die Volksstimme jetzt „Wahrnehmung unseres Eigentumsrechts am Volksblatt" nennt. Es ist unerhört, was sich die Thiele, Drescher, Garbe usw. erlauben, um das Volksblatt in Besitz zu nehmen, auf das sie weder nach dem Partei- noch nach dem bürgerlichen Gesetz einen Rechtsanspruch haben. Man müßte wahrlich kein Mann sein, wenn man nicht gleich den Genossen, die uns das Amt anvertraut haben, zur schärfsten Abwehr dieses Anschlages immer bereit wäre.

Nach einigen Tagen Pause — es hatte sich wohl überhoben mit drei Angriffen an einem Tage — hat sich das Scheidemannblättchen, ganz offenkundig aus der Feder Thieles, in seiner letzten Nummer gegen uns persönlich eine besondere Rücksichtslosigkeit geleistet. Dieser Mitarbeiter der Volksstimme braucht sich ja auch nicht an die vor kurzem feierlich proklamierte Abneigung der Redaktion gegen den persönlichen Kampf zu halten; man kennt seine „goldene Rücksichtslosigkeit" schon, die der Ehrgeiz zur Rache beflügelt. Der Sinn des langen Artikels ist: **wir sollen nicht das Recht haben, gegen Herzig vorzugehen.** Es ist zum Lachen, aber es ist so: gerade unsere Polemik gegen den Vorwärts, der die Kündigung Herzigs durch die Parteiinstanzen als „Maßregelungseifer der Unabhängigen" bezeichnete, hat seinen Beschützern in der Volksstimme mißfallen. Die Verdächtigungen, auf die der Artikel geradezu angelegt ist, reichen an uns nicht heran. Gewiß: die Parteispaltung haben wir stets bedauert, und wir bedauern sie mit vielen Sozialdemokraten hüben und drüben auch heute noch. Aber die Methode der Scheidemann und Genossen, die der bedingungslosen Unterwerfung der Parteiminderheit auch in den Lebensfragen der Partei und des internationalen Sozialismus, ihre ausgesprochene Rücksichtnahme auf nichtproletarische Interessen selbst um den Preis der Parteieinheit, hat uns nie gefallen. Ein Freund dieser Methode war ja früher nicht einmal Drescher, wie wir kürzlich zufällig noch in einem Protokollbuch nachlesen konnten. Und wie unsere „Freunde" drüben für sich das Recht in Anspruch nehmen, auch jetzt noch der Zusammenarbeit ihrer Partei mit den Bürgerlichen und der bürgerlichen Regierung das Wort zu reden, trotzdem sich, zuletzt im Osten, doch allerhand ereignet hat, was klärend wirken müßte für alle Elemente, die einen Verständigungs- statt eines Gewaltfriedens wollen, so wird man es uns schon gestatten müssen, auf Grund der Erkenntnisse anderer Meinung als sie zu sein.

Freilich: wie der frühere Bezirkssekretär Drescher die „Wiedervereinigung" zu betreiben beliebt, das kann ihm keiner nachmachen. Erst große Broschüren schreiben und drucken lassen, in denen ausdrücklich betont wird, daß der Parteiminderheit eigentlich die Darlegung ihrer Meinung zur Kreditbewilligung hätte gestattet werden müssen, darin ein halbes Dutzend Vorschläge machen, wie eine Wiedervereinigung und ein Miteinanderarbeiten beider Parteirichtungen unter loyaler Handhabung der Demokratie ermöglicht werden könnte. Und dann, kaum daß die Druckerschwärze in Nürnberg getrocknet ist, solche Gewaltmaßnahmen zu veranlassen und mitzumachen, wie der Hinauswurf von Reinvand und Zähnig aus der Volksblattgesellschaft, die Selbsteinsetzung, die Ausübung der Verlagszensur gegen die Redaktion, die Ausschaltung der zuständigen Parteivertrauensleute, die Anrufung der bürgerlichen Gerichte und ihre Bearbeitung durch den Berliner Anwalt Heinemann, der in Düsseldorf die Richter zu einem politischen Tendenzurteil gegen die unabhängige Partei geradezu herausforderte — es gibt nur ein Wort in der deutschen Sprache, um solche Zwiespältigkeit zu kennzeichnen: Heuchelei! Wir wissen nur zu gut, weshalb man in jenen Kreisen, die der unabhängigen Partei das Besitzrecht am Volksblatt streitig machen wollen, sich vor Wut nicht halten kann. Die Volksstimme, die uns heute schmäht, weil wir aufrecht zur unabhängigen Sache stehen, hätte uns vielleicht über den Schellenbaus gelobt, wie sie es mit Herzig macht, wenn wir uns zu der Lumpenrolle hergegeben hätten, die uns von seinen Hintermännern für die Entscheidungsstunde des unabhängigen Volksblattes zugedacht war. Da halten wir aufrecht, was wir Drescher gesagt haben, als er die Maske des Freundes der lojalen Wiedervereinigung ungeniert fallen ließ und Gesinnungszwang unter Hinweis auf die Verfassung der Reklamation ausüben wollte, den Herzig bis heute kein unabhängiger Sozialdemokrat zugemutet hat: **Es gibt Dinge, die ein anständiger Mensch nicht mitmachen kann.**

Wenn die Volksstimme Herzig in Schutz nimmt, so verstehen wir das durchaus. Eine Liebe ist der anderen wert. Wir haben keinen Anlaß, ihn zu schonen, nachdem durch sein unerhörtes Vorgehen die Dinge hart auf hart stehen und Herzig, wenn auch vielleicht nur gezwungen durch Umstände persönlicher Natur und durch energischere Leute, die führende Rolle spielt bei dem Anschlag auf das Volksblatt. Bisherige persönliche Freundschaft, die gerade wir deshalb nach allen Seiten hochgehalten haben, weil auch sie zum Wiederverstehen und Wiederzusammenkommen einer einigen klassenbewußten Sozialdemokratie mit beitragen könnte, wird dabei leider ausgelöscht. Aber das ist nicht unsere Schuld. Doch schließlich möchten wir uns mit Erlaubnis der so sehr charakterfesten Volksstimmeredaktion zu sagen erlauben, daß uns Herzig heute weder als Märtyrer noch als Held imponieren kann. Er hat sein Ehrenwort zu oft gegeben und sich nicht daran gekehrt; er hat seine Stellung zu oft gekündigt und ist immer wieder kleben geblieben; er hat auch die Rolle des „Beschützers des Volksblattes" und des „Mannes, dem die Genossen von Halle später noch einmal dankbar sein würden", zu schlecht gespielt. Seit er an den Gerichten ständiger Gast ist, um mit den Urteilen seine unhaltbare Stellung zu stützen, seit er die Parteidemokratie in Vorstand und Preßkommission auf Grund seines Vertrages und des Statuts einmal anerkennt, mit ihr Verträge auf fünf Jahre schließen will und ihr das andere mal mit Polizeiaufgeboten und einstweiligen Gerichtsverfügungen bei dreitausend Mark Strafe zu Leibe rückt, und seit er mit uns, der Redaktion, durch den Gerichtsvollzieher zu verkehren für richtig hält, seitdem können wir im günstigsten Falle einiges Mitleid mit ihm haben. Und deshalb müssen wir Herzig auch als Mustervorbild ablehnen.

Auf diesem Wege nicht zu weit gehen!

Wir haben gestern bereits mitgeteilt, daß von der Polizeiverwaltung und dem Magistrat eine Bekanntmachung veröffentlicht worden ist, die eine Freigabe der Dachgeschosse für Wohnungszwecke bedeutet. Wir geben den Wortlaut der Bekanntmachung im Anzeigenteil wieder.

In einer weiteren amtlichen Zuschrift wird zu der Bekanntmachung gesagt:

Im amtlichen Teile dieser Nummer wird eine Polizei-Verordnung veröffentlicht, welche durch Zulassung des erweiterten Dachgeschoßausbaues zur Behebung des Mangels an Kleinwohnungen beitragen soll. Den Grundstücksbesitzern wird dadurch Gelegenheit gegeben, die Beschaffung von Kleinwohnungen zu fördern. Unter Kleinwohnungen sind Wohnungen zu verstehen, die aus Küche und höchstens drei Wohnräumen bestehen. Der angestrebte Zweck, Kleinwohnungen zu schaffen, wird nur dann erreicht, wenn die freigegebenen oder neu zu schaffenden Dachgeschoßräume auch tatsächlich dem angestrebten Nutzungszwecke zugeführt werden und erhalten bleiben. Es ist daher ausgeschlossen, daß die auf Antrag freigegebenen Räume etwa zur Unterbringung von Dienst- oder Arbeitspersonal oder gar zur Vergrößerung und zu wirtschaftlich vorteilhafterer Ausnutzung bereits vorhandener Dachgeschoßwohnungen ausgenutzt oder nachträglich eingerichtet werden dürfen. In welchem Umfange die Vergrößerung des Dachgeschoßausbaues zugelassen werden kann, wird von Fall zu Fall geprüft werden müssen. Es ist selbstverständlich, daß die Räume den feuerpolizeilichen und gesundheitlichen Anforderungen genügen müssen.

Es ist daher anzuraten, sich über die Möglichkeit des Ausbaues rechtzeitig Rat bei der Baupolizei-Verwaltung, Polizeidienstgebäude am Hallmarkt, einzuholen.

Bemerkt wird, daß die Genehmigung für die Benutzung der Räume auf höchstens fünf Jahre erteilt werden soll.

Man sieht: so ganz unbedenklich ist die Aufhebung des Verbots der Bewohnung von Dachgeschossen doch nicht, wenn die Behörde schon bei ihrer Veröffentlichung unlauterer Ausnützung entgegenwirken muß. Und die wird es, davon sind wir fest überzeugt, auch in anderen Richtungen noch geben. Deshalb ist dringend zu verlangen, daß die Polizeiverwaltung die Erlaubnis zur Bewohnung von Dachgeschossen nur dann erteilt, wenn die Möglichkeit der Schaffung von durchaus einwandfreien Räumen sicher feststeht. Von den Bedingungen, die durch die Sorge um die Gesundheit des Volkes diktiert sind, darf in keinem Falle abgegangen werden. Andernfalls würde die Neuordnung unendlich viel mehr Schaden als Nutzen stiften.

Notwendig wäre nun freilich noch die Festsetzung des Mietpreises für die in Dachgeschossen neu geschaffenen Wohnungen. Die Dachwohnungen sollen, wie es in der Verordnung heißt, auf höchstens fünf Jahre freigegeben werden; man betrachtet sie also nur als Nothelfe. Und deshalb müßten die Mietpreise für solche Wohnungen entsprechend niedrig gehalten werden. Eine Preistreiberei wird aber nicht vermieden werden können, wenn beim Friedensschluß die Wohnungsnot sich plötzlich stärker fühlbar macht und gerade die kleinen und billigeren Wohnungen stark begehrt sein werden. Die Festsetzung eines Höchstpreises für jede solcher Notstandswohnungen wird einer Sachverständigen-Kommission (vielleicht aus Vertretern der städtischen Behörden, der Hausbesitzer- und Mieterkreise) leichte Mühe sein, wo die Prüfung der Räume ohnehin gewissenhaft vorgenommen werden muß.

Kann man die Freigabe der Dachwohnungen mit diesen Sicherungen schließlich als Notstandswohnungen hinnehmen, so darf darüber doch das wichtigste Ziel der öffentlichen Wohnungsfürsorge, die Schaffung neuer einwandfreier Wohnungen durch die Stadt und mit ihrer Unterstützung nicht im mindesten aus dem Auge gelassen werden.

*

„Zivil-Einquartierung"? Wie ein Berliner Blatt hört, wird gegenwärtig an verschiedenen amtlichen Stellen die Frage beraten, ob und in welchem Umfang es ermöglicht werden soll, zur Behebung der Wohnungsnot wohnungslose Personen zwangsweise in fremden Wohnungen einzuquartieren. Es wird darauf hingewiesen, daß zahlreiche Wohnungen, die von Wohlhabenden bewohnt werden, nicht genügend ausgenutzt sind; diese können daher für eine „Zivil-Einquartierung" in Frage. Es ist in der Tat nicht unbenkbar, daß, wenn die Not hierzu drängt, ebensowohl Zivilpersonen zwangsweise in fremden Wohnungen Obdach erhalten sollen, wie dies mit Militär der Fall ist. Die örtlichen Polizeibehörden sind der Auffassung, daß in Preußen nach den Bestimmungen des allgemeinen Landrechts (§ 10, II, 17) schon jetzt eine derartige Maßnahme zulässig ist, wenn sämtliche andere Möglichkeiten erschöpft sind. Freilich würde dem Eigentümer oder Mieter der Wohnung Entschädigung zu zahlen sein.

* **Beurlaubung im Magistrat.** Der Vorsitzende der Armendirektion, Kriegsunterstützungs-Kommission und städtischen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge, Herr Stadtrat Dr. Tepelmann, ist auf einige Wochen beurlaubt und wird während dieser Zeit von den Herren Stadträten Engelcke und Lindner vertreten. Unterstützungsgesuche und sonstige Schreiben sind deshalb nicht an seine persönliche Adresse, sondern an die Armendirektion, die Kriegsunterstützungs-Kommission oder Städtische Kriegshinterbliebenen-Fürsorge zu richten. Es sei bei dieser Gelegenheit wiederholt in Erinnerung gebracht, Schreiben in städtischen Angelegenheiten stets nur an den Magistrat oder die betreffende Dienststelle, nicht an die einzelnen Magistratsmitglieder, zu richten. Anderenfalls treten nur Verzögerungen ein, da persönlich adressierte Briefe auch nur persönlich von dem Dezernenten geöffnet werden dürfen.

* **Verlegung der Kriegs- und Hinterbliebenenfürsorgestelle.** Der Magistrat gibt im Anzeigenteil vorliegender Nummer bekannt, daß ab Freitag, den 7. Juni, die im 2. Obergeschoß des neuen Sparkassengebäudes, Kleine Steinstraße 8, befindlichen Diensträume des Kriegsfürsorgeamts (Zimmer 27) und der Kriegshinterbliebenen-Fürsorge (Zimmer 28 bis 30) nach dem 3. Obergeschoß daselbst, Zimmer 122 bzw. 115 bis 117 und 121 verlegt werden. Die telephonische Verbindung erfolgt nicht mehr durch die Zentrale des Magistrats, sondern durch das städtische Hochbauamt, Sammelnummer 7491.

* **Das 7. Reichswaisenhaus** der Reichsfechtschule soll in Halle errichtet werden. Auch die Hallische Waisenstiftung plant die Beteiligung.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag gelangt das Schauspiel Die Stützen der Gesellschaft von Henrik Ibsen zur Aufführung. Freitag, den 7., Die Förster-Christl. Sonnabend Der Troubadour. Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen König für einen Tag, komische Oper von Adam, Sonntag abend Die Rose von Stambul. Montag Die Fledermaus.

* **Unter einem Straßenbahnwagen.** In der Landwehrstraße wurde eine 65jährige Frau von einem nach dem Hauptbahnhof fahrenden Straßenbahnwagen umgestoßen. Sie geriet unter die Schutzvorrichtung und wurde schwer verletzt. Die Verunglückte wurde zunächst nach ihrer in der Lindenstraße befindlichen Wohnung und später mit dem städtischen Krankenwagen nach der Kgl. Klinik geschafft.

* **Einbruch.** In der Nacht zum Mittwoch sind aus einem hiesigen Zigarrengeschäft mittels Einbruchs Zigarren und Zigaretten gestohlen worden.

* **Verkehrsstörung.** Ein Brauereifuhrwerk verlor in der Trothaer Straße das linke Vorderrad, wodurch der Straßenbahnverkehr etwa ¼ Stunde gestört wurde.

* **Der Kriegsbrakt.** In der Dreyhauptstraße riß die Oberleitung der Straßenbahn. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

* **Es war aber auch die höchste Zeit.** . . . Ein zum Schlachten bestimmtes Pferd, das in der Delitzscher Straße infolge Schwäche hinfiel, wurde an Ort und Stelle abgestochen und sodann mittels Wagens dem Schlachthofe zugeführt.

* **Kuhjagd.** Eine auf dem Schlachthofe scheu gewordene Kuh riß aus und lief durch die Freimfelder- und Landsberger Straße nach einer dort befindlichen offenstehenden Stall, der sofort geschlossen werden konnte. Später konnte das Tier dem Schlachthofe wieder zugeführt werden.

Lobejün. Kriegswirtschaftsamt. Der Magistrat macht bekannt: In der bisherigen Polizei-Wachtstube, Eingang Burgstraße, haben wir ein Kriegswirtschaftsamt eingerichtet, woselbst alle Karten und Bezugscheine für Lebensmittel und sonstige Bedürfnisse ausgegeben werden. Dienststunden von 8 bis 1 Uhr.

Aus der Provinz.

Wer hat Einmachezucker zu bekommen?

In amtlichen Kundgebungen über die Anmeldung des Bedarfs der Kommunalverbände an Einmachezucker heißt es:

Die Mengen an Einmachezucker, die das Königl. Preußische Landeszuckeramt in diesem Jahr zur Verteilung an die Kommunalverbände der Provinz Sachsen hat zur Verfügung stellen können, sind leider geringer als diejenigen des Vorjahres. **Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 1100 Gramm.**

Auf eine zweite Zuteilung von Einmachezucker in diesem Jahre kann nicht gerechnet werden. Es ist daher noch mehr als bisher eine sparsame und sachgemäße Verwendung des Einmachezuckers angezeigt, insbesondere empfiehlt es sich in Fällen, in denen Obst anderweit (z. B. durch Dörren, Sterilisieren, Zusatz von benzoesaurem Natron usw.) haltbar gemacht werden, oder in Fällen, in denen Obst zum sofortigen Gebrauch nach dem Kochen durch Zusatz von Süßstoff mundgerecht gemacht werden kann, unter allen Umständen mit dem Einmachezucker zu sparen ist und diesen für die Fälle aufzubewahren, in denen die Verwendung von Zucker zur Haltbarmachung unerläßlich ist. Auch sollte in der Hauptsache nur süßes und reifes Obst verwendet werden, damit die geringe Menge Einmachezucker zur Herstellung möglichst großer Mengen von Brotaufstrichmitteln dienen kann, da das Fehlen solcher besonders drückend empfunden wird.

Der Einmachezucker ist nur für die häusliche Obstverwertung bestimmt. Er wird daher grundsätzlich nur an Haushaltungen gegeben. Der Begriff „eigener Haushalt" darf jedoch nicht zu eng ausgelegt werden. So sind z. B. auch Militärpersonen, die außerhalb militärischer Verpflegung stehen, also vom Kommunalverband zu versorgen sind, dann als zu einem „Haushalt" gehörig anzusehen, wenn sie sich zur Einnahme ihrer Mahlzeiten in einer von ihnen unterhaltenen Speiseanstalt zusammengeschlossen haben, ferner ist das Pflegepersonal einer Krankenanstalt als zu deren Haushalt gehörig anzusehen usw. Auch wird die Abgabe von Einmachezucker für Einzelpersonen, die keinen eigenen Haushalt führen, dann in Frage zu kommen haben, wenn sie in nahen Beziehungen zu Haushaltungen stehen, die mit Einmachezucker zu beliefern sind (ständige Kostgänger, Saisonarbeiter, Mieter möblierter Zimmer mit Verpflegung usw.). Personen, die außerhalb des Sitzes ihres Haushaltes arbeiten (z. B. Hilfsdienstpflichtige, zur Arbeitsleistung reklamierte Zivilpersonen usw.) erhalten den Einmachezucker am Arbeitsort, vorausgesetzt, daß von hier auch die übrigen Lebensmittelmarken verausgabt werden.

Angestellte, die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind (Dienstboten usw.) sind als Glieder der Haushaltungen anzusehen, der sie angehören, und haben ein eigenes Recht auf Einmachezucker nicht.

Binnenschiffer sind in dem Kommunalverband versorgungsberechtigt, in dem sie am oder zum ersten Male nach dem 10. Juni 1918 die sonstigen Lebensmittelkarten erhalten. Ueber die Zuteilung des Einmachezuckers ist auf dem Ausweis (Stamm) der Lebensmittelkarten für Binnenschiffer ein entsprechender Vermerk zu machen.

Kriegsgefangene und dazu gehörige Wachtmannschaften, sowie Gastwirtschaften, Militärurlauber und sonstige vorübergehend Anwesende (z. B. Feriengäste, Stadtkinder usw.) erhalten keinen Einmachezucker.

Als Stichtag für die Versorgung mit Einmachezucker hat nach Verfügung des Kriegsernährungsamtes der 10. Juni 1918 zu gelten. Nach dem Stand am 10. Juni, insbesondere nach der Größe der Haushaltungen an diesem Tage, richtet sich der Anspruch auf Einmachezucker. Im Falle des Wohnungswechsels ist in Höhe der von ihm für Einmachezwecke verausgabten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180606-15/fragment/page=0005

gabten Menge der Kommunalverband versorgungspflichtig, in dem der Versorgungsberechtigte am 10. Juni 1918 Anspruch auf Bezug der allgemeinen Lebensmittelkarten hatte.

Schkeuditz. Kohlenabgabe am Freitag, ein Zentner auf Karte 13.

— Die Abschnitte der bisherigen Eierkarte sind nach einer landrätlichen Bekanntmachung außer Gültigkeit gesetzt. In nächster Zeit gibt es ein Ei für 31 Pf. auf Abschnitt 1 der neuen Kreis-Eierkarte.

Eisleben. Aenderung der Brotversorgung im Kreise. Die Anordnung über die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl vom 10. August 1917 ist mit Wirkung vom 10. Juni 1918 ab wie folgt abgeändert worden: Es können auf eine 1-Pfund-Brotmarke 500 Gramm (1 Pfund) Brot oder 320 Gramm Mehl zu 94 v. H. ausgemahlen, ½-Pfund-Brotmarke 250 Gramm (½ Pfund) Brot oder 160 Gramm Mehl zu 94 v. H. ausgemahlen, entnommen werden. Für Brot werden folgende Einheitsgewichte vorgeschrieben: für Schwarzbrot 3½ und 5 Pfund, für Weizenbrot (Weißbrot) ¼ Pfund. Der Brot- und Mehlverbrauch wird wie folgt geregelt: Es erhalten wöchentlich 3½ Pfund Brot jeder Versorgungsberechtigte, 1½ Pfund Brotzulage jeder Schwerarbeiter, 1½ Pfund Brotzulage jeder Schwerstarbeiter.

Klostermansfeld. Lebensmittel. Den Kaufleuten sind folgende Waren überwiesen: Graupen 200 Gramm pro Kopf, Grieß 100 Gramm pro Kopf, Nudeln 100 Gramm pro Kopf. Es wird darauf hingewiesen, daß pro Kopf der Bevölkerung in dem mit dem 3. Juni beginnenden, mit dem 30. Juni endenden Zeitraume ausgegeben werden: in jeder Woche eine 50 Gramm Gerstenfabrikate, in der ersten und dritten Woche eine 50 Gr. Grieß, in der zweiten und vierten Woche eine 50 Gramm Nudeln.

Sangerhausen. Städtischer Kartoffelverkauf. Donnerstag nachmittag von 2 bis 6 Uhr und Freitag vormittag von 8 bis 12 Uhr werden Kartoffeln im Keller des Rathauses abgegeben. Es erhält jede Person 10 Pfund zum Preise von 7 Pf. für ein Pfund für die Zeit vom 1. bis 14. Juni 1918. Der Verkauf findet auf Abschnitt 19 und 20 der Kartoffelkarte statt. Wer außer den Kartoffeln noch Kohlrüben erwerben will, kann solche im Konsumverein erhalten.

— Brotmehlausgabe, zugleich auch Ausgabe der Einmachezuckerkarten, heute und Freitag.

Bitterfeld. Neue Brotausweise. Der Kreisausschuß macht bekannt: Vom Montag, den 10. d. M. ab, treten neue Brotkarten, Brotzusatzkarten und Weißbrotkarten in Kraft. Die Brotkarten bestehen aus gelbem Karton, die Zusatzkarten aus weißgrauem, die Weißbrotkarten aus blauem Karton und sind sämtliche Karten mit blaufarbigem Untergrunddruck in Form eines Adlers versehen. Die alten Karten verlieren mit genanntem Tage ihre Gültigkeit.

— Die Milchablieferung im Kreise läßt nach einer weiteren Bekanntmachung des Kreisausschusses nach immer zu wünschen übrig, obwohl die Zeit der Grünfütterung bessernd einwirken müßte. Es wird das Wiedereinreißen der verbotenen Hausbutterungen vermutet; um die Sünder festzustellen, soll eine Kontrolle der landwirtschaftlichen Betriebe stattfinden. Wer freiwillig meldet, daß die Versiegelung seiner Zentrifuge oder des Butterfasses „durch irgendwelche äußeren Umstände entfernt worden ist, geht straffrei aus. Mag er inzwischen auch noch so viel gesündigt haben! Kuhhalter, die weniger Milch abliefern, als zur Herstellung ihres Quantums Butter notwendig ist, sollen in Zukunft nicht mehr als volle Selbstversorger gelten, d. h. sie bekommen nur soviel Butter, als aus ihrer Lieferung herzustellen ist.

— Fleischkartenausgabe bei Döring am Donnerstag (Buchstaben A bis K), Freitag G bis O, Sonnabend P bis Z. Ausgabezeit 8 bis 2 Uhr, Sonnabend 8 bis 1 Uhr. An Kinder keine Ausgabe.

— Eierausgabe. Auf Abschnitt 17 im Kreise diese Woche zwei Eier. In der Stadt Bitterfeld Ausgabe ab Sonnabend früh. 33 Pf. das Stück.

— Abgabe von Mischgemüse. Auf Nr. 1 des Lebensmittelscheines wird von Sonnabend früh ab ¼ Pfund Mischgemüse zu 50 Pf. verabfolgt.

Delitzsch. Kirschenvon der Stadt. Der Magistrat hat bei der Verpachtung der Kirschenernte den Pächtern die Verpflichtung auferlegt, daß der gesamte Kirschenanhang der städtischen Anlagen zu den von der Stadt festgesetzten Preisen an die städtische Lebensmittelversorgung abzuliefern ist. Die Kirschen werden je nach Anlieferung auf Lebensmittelschein an die Bevölkerung abgegeben.

— Eierverteilung. In der Woche vom 2. bis 8. Juni werden im Kreise an die eierversorgungsberechtigten Einwohner je Kopf 4 Eier ausgegeben.

Eilenburg. Warenverkauf. Zwei Eier auf 75. Vormeldung bis Freitag mittag. ½ Pfund Gemüsekonserven auf 76. Vormeldung bis Montag vor mittag. Es sind nur Kilodosen da, deshalb müssen immer vier Scheine zusammen abgegeben werden. Fleischverkauf diese Woche erst ab Sonnabend mittag.

Kemberg. Niedergebrannt ist die Keimlingsche Faßfabrik. Auch die Maschinen verbrannten bis auf den großen Kessel.

Torgau. Kartoffelkarten. Die Ausgabe der vom 16. Juni bis 15. Juli 1918 gültigen Kartoffelkarten findet an alle Bezugsberechtigten im Lebensmittelamt (Rathaus, Sitzungssaal, Eingang Markt) am Freitag, den 7. Juni, vormittags von 9—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr statt. Die Karten sind bestimmt abzuholen.

— Abgabe von Marmelade. Gegen Abschnitt Nr. 37 der Lebensmittelkarten können nach Maßgabe der Einfuhrung in den Kundenlisten, von Donnerstag, den 6. d. M. ab bei den hiesigen Kaufleuten auf jede Karte ¾ Pfund Marmelade entnommen werden. Preis für ein Pfund 92 Pf. ¾ Pfund 70 Pf.

Bretsch. Ein Ochsenviertel wurde einem Fleischer aus dem Eiskeller der Domäne gestohlen. Das Fleisch ward auf einem gleichfalls gestohlenen Handwagen fortgefahren. Junge Leute aus einem Nachbardorfe kommen als Diebe in Betracht.

Eisterwerda. Gewerkschaftskartell. Am 28. Mai fand die monatliche Kartellsitzung statt, welche vollzählig besucht war. Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme zu dem ablehnenden Beschluß gegen unseren Antrag in der Sache der Lebensmittelverteilung des hiesigen Magistrats. In kurzer, erregter Debatte wurde beschlossen, nicht früher zu ruhen, bis unser Ziel erreicht ist. Die organisierte Arbeiterschaft hat nicht nur Pflichten, sondern verlangt auch unbedingt ihre Rechte. Den Einwand, welchen der Magistrat gegen die beiden vom Kartell vorgeschlagenen Mitglieder als Beräte macht, weist das Kartell als unwahr und unbegründet energisch zurück. Nach weiteren gewerkschaftlichen Verhandlungen wurde die Sitzung geschlossen.

Zeßnitz. Volkshaus. Am Sonntag, den 9. Juni, findet eine einmalige Aufführung von Der Trompeter von Säckingen statt.

Allerlei.

Berlin als Fremdenstadt. Der Fremdenverkehr Groß-Berlins weist im vergangenen Monat mit 119 687 Fremden gegen April eine Steigerung um etwa 4000 und gegen Mai 1917 um 103 000 auf.

Explosion einer Munitionsfabrik. Marseille, 5. Juni. Bei einer Explosion in den Munitionsfabriken von Saussons am 8. Juni wurden 100 Personen getötet und 50 verwundet.

Minenopfer. Haag, 4. Juni. Das Korrespondenz-Bureau teilt mit: Das Fischerboot Annie-en-Adrie aus Vlaardingen ist heute in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und in die Luft geflogen. Von der Besatzung wurde ein Mann getötet, zwei verwundet.

Eingänge.

Karte von Belgien und Nordfrankreich, 20 Blatt, in Schummerungsmanier gezeichnet. Mit alphabetischem Ortsverzeichnis. Maßstab 1:200 000. Blatt 12: Reims. Preis des Blattes 50 Pf. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Riesen-Erfolg! Allabendlich 7¾ Uhr: Riesen-Erfolg!

„Der Hias“.

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten von ersten, feldgrauen Künstlern und Angehörigen hiesiger Truppenteile dargestellt.

Vollständig neue Einlagen im zweiten Akt.

Ueber 100 Mitwirkende.

Zugunsten des Kriegsdienstes.

Bisher über 3000 Mal in allen größeren Städten Deutschlands mit beispiellosem Erfolg aufgeführt. Dem Kriegsliebesdienst konnten bis jetzt über 1 Million 800 000 Mk. Rein-Ueberschuss zugeführt werden.

Sonntag, 9. Juni, zwei Vorstellungen, nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr. In dieser Nachmittags-Vorstellung zahlen Militär u. Kinder halbe Preise auf allen Plätzen.

Der Vorverkauf findet lediglich an der Theaterkasse von 10—1½ und von 4—6 Uhr statt.

Walhalla-Theater. 819

Stadt-Theater Halle

Freitag, den 7. Juni 1918:

Die Förster-Christl.

Operette in 3 Aufzügen von Georg Jarno.

828

Sonnabend, 8. Juni 1918:

Der Troubadour.

Thalia-Theater.

Gastspiel d. Stadttheater-Personals

Sonntag, den 9. Juni 1918, abends 7½ Uhr:

829 **Meine Frau, die Hofschauspielerin.**

Lustspiel von Möller u. Sachs.

Apollo-Theater. 958

Heute u. morgen, abds. ½8 Uhr, die letzten 2 Aufführungen!

„Das blonde Glück“.

Orientalische Operette in 3 Akten von Hermann Feiner und Julius Brandt. Musik v. Willy Ortmann.

Sonnabend, d. 8. Juni, Erstaufführung von

„Der Dorf-Caruso“.

Schwank-Operette in 3 Akten von T. Thoms.

Monate langer Erfolg am Münchener Volkstheater!

Voranzeige. Ab Freitag: Voranzeige.

Alte Promenade 11a. Fernruf 5788. U.T. Leipzigerstraße 88. Fernruf 1224.

Der Treubruch — Drama aus dem Leben in 5 Akten. 831

Henny Porten in dem reizenden Lustspiel: Agnes Arnau und ihre drei Freier.

In der Hauptrolle: Romberg.

Frei-tag: Vorzugskarte Sonn-abend

Kinder haben Ermäßigung

I. Platz . . . 30 Pfg.
II. Platz . . . 20 Pfg.
III. Platz . . . 10 Pfg.

geg. Vorzeigung d. Abschnittes.

Ausschneiden!

5. P.T Schmeerstr. 5.

Heute, zum letzten Male: Der schwarze Pierrot mit Lotte Neumann. Filmschauspiel in 4 Akten.

Freitag — Montag: Wieder unser Kino-Stern Lotte Neumann.

Die Bettlerin v. St. Marien. Ein packendes Drama in 4 Akten von Ferd. Leander.

Auch Sie war ein Jüngling. Ein Lustspiel zum Totlachen in 2 Akten.

Und das Uebrige. 837

Anfang 6 Uhr.

Freitag und Sonnabend-Nachmittag:

3 grosse humoristische Kinder- u. Jugend-Vorstellungen.

Gegen Vorzeigung der Vorzugskarte Preisermässigung.

Anfang der Kinder-Vorstellung: 3 Uhr, 4 Uhr, 5 Uhr.

*441 **Bad Wittekind**

Freitag, den 7. Juni 1918, nachmittags 8½ Uhr:

Kur-Konzert

vom Stadttheater-Orchester.

Leitung: Kapellmeister Karl Nöhrom.

Eintrittspreise: Erwachsene 35 ₰, Kinder 20 ₰.

Dauerkarten haben Gültigkeit.

Bio. 8

Gr. Ulrichstr. 57.

Pfälzer Schießgraben.

Täglich: Großes Frei-Konzert der gesamten Görlach'schen Kapelle.

Anfang abends 7½ Uhr. 796

Ganz neues patriotisches Programm.

Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

Volkshaus Jessnitz.

Sonntag, den 9. Juni 1918, abends 8 Uhr:

Großer *438

Theater-Abend.

„Der Trompeter von Säckingen“.

Historisches Volkschauspiel mit Gesang in 5 Bildern von Hildebrand und Keller.

Glänzende Kostüm-Ausstattung.

Herrliche neue Dekoration.

Eintrittspreise:

Im Vorverkauf: 1. Platz 100 ₰, 2. Platz 80 ₰, 3. Platz 60 ₰.
An d. Abendkasse: 1. Platz 125 ₰, 2. Platz 100 ₰, 3. Platz 80 ₰.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Um gütigen Zuspruch bittet Die Verwaltung.

Eigene Konditorei Kaffee Knäusel Täglich Frei-Konzert Rennischestr. 7 · Telefon 4170 808

Hosenträger,

seit Jahren eingeführt und bewährt, vorzüglich im Tragen.

Paar 2.50 3.50 5.00 6.00 Mark.

In einfacherer Ausführung: Paar 1.50 2.00 2.25 Mark.

Ersatzteile Stück 35 Pf. 822

Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2, 1 Tr. rechts, Ecke Sternstrasse.

Fern Andra

in ihrem großen dramatischen Werk:

Die nach Glück und Liebe suchen.

Aus dem Leben einer Tänzerin in 5 Akten.

Zahn-Atelier Frau v. Schulz

Sprechstunde v. 9—6 Uhr abends. Steinweg 2, im Hause des kgl. Standesamtes. 33

Frauenhaar kauft 830 zu den festgesetzten Höchstpreisen. W. Miedlig, Merseburgerstrasse 100, Amtlicher Aufkäufer.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Bekanntmachung.

Die bisher im 2. Obergeschoß des neuen Sparkassen-Gebäudes, Kleine Steinstraße 8, befindlich gewesenen **Diensträume des Kriegsfürsorgeamtes** (Zimmer 37) und **der Kriegshinterbliebenen-Fürsorge** (Zimmer 28—30) werden vom

Freitag, den 7. Juni 1918 ab

nach dem **3. Obergeschoss daselbst, Zimmer 122 bezw. 115—117 und 121 verlegt.** Die telephonische Verbindung erfolgt nicht mehr durch die Zentrale des Magistrats, sondern durch das städtische Hochbauamt, Sammelnummer 7491.

Der Magistrat. *442

Arbeitsmarkt

Konsum- u. Spargenossenschaft f. Merseburg E. G. m. b. H. und Umgegend. E. G. m. b. H.

Zum sofortigen Antritt wird für Merseburg ein tüchtiger und zuverlässiger

Lagerhalter

*443 per sofort gesucht.

Bewerbungen sind schriftlich einzureichen. Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180606-15/fragment/page=0006